



**UMARMUNG
UND GEWALT**

DGB

**DIE ZERSCHLAGUNG
DER GEWERKSCHAFTEN 1933
IN DOKUMENTEN UND BILDERN**

DIE ZERSCHLAGUNG DER GEWERKSCHAFTEN 1933 IN DOKUMENTEN UND BILDERN

Am 2. Mai 1933 wurden die freien Gewerkschaften durch die Nazis zerschlagen, die Gewerkschaftshäuser besetzt und eine Arbeiterkultur, die unabhängig war von nationalem Kitsch, für lange Zeit zerstört. Es gibt immer weniger Zeitzeugen, die vom Terror der Nazizeit berichten können. Deshalb wollen wir mit diesem Lesebuch und vielen originalen Dokumenten und Bildern zeigen, was vor unserer Haustüre geschah.

Inhaltsverzeichnis

Kai Burmeister: Vorwort	4
Erhard Korn: Jeden niederschlagen, der sich uns entgegenstellt.....	6
Prof. Dr. Frank Deppe: Die Niederlage von 1933.....	10
Wo blieb der Widerstand?.....	12
Lüge als Prinzip	14
Arbeiterkultur in allen Formen.....	16
Der 1. Mai ist unser Feiertag.....	18
Der erste Mai wird nicht erlaubt, er wird befohlen	20
Esslingen	22
Geislingen.....	24
Inbegriff des Terrors in Württemberg: Das Hotel Silber	26
Der Untergang der Gewerkschaften	28
KZ Heuberg – Prototyp der Grausamkeit	30
Die Sprache des Terrors	32
Willi Bleicher: Widerstandskämpfer von Anfang an.....	34
Karl Molt: Organisator des Widerstandsnetzes	36
Heinrich Talmon-Groß, ein Gewerkschafter durch und durch	38
Eugen Ochs: Sein Leben lang ein kritischer Geist	40
Jeder wird zum Feind.....	41
Abkürzungen und Begriffe, Quellennachweise.....	43
Impressum.....	44

UMARMUNG UND GEWALT

Vorwort

Der DGB Baden-Württemberg legen zusammen mit der DGB-Region Stuttgart zum 90. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 diese neue und überarbeitete Auflage der Broschüre „Umarmung und Gewalt“ vor. Im Mittelpunkt stehen dabei die lokalen Personen und Geschichten der Gewerkschaftsbewegung in der Region. Es war Programm der Nationalsozialisten, die freien Gewerkschaften bereits kurz nach der Machtübernahme zu zerschlagen. Waren diese doch entscheidende Stützen der Demokratie in der Weimarer Republik. Dass wir uns dem Ende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und damit der Machtkonsolidierung der Nationalsozialisten ausführlich widmen, hat seinen Grund in dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa und der Gefahr, die von rechtsradikalen Vereinigungen, der Reichsbürgerszene und anderen rechten Strukturen, auch in den Betrieben, ausgeht. Dem historischen Vermächtnis werden wir nur gerecht, wenn wir daraus Schlüsse für das Heute ziehen.

Die Demokratie steht auch heute wieder unter Druck von Rechtsaußen. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die AfD über 10 Prozent der Stimmen. In Frankreich kam Anfang 2022 die rechtsextreme Partei Rassemblement National mit ihrer Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen in die letzte Runde der Wahlen. Ende des vergangenen Jahres wurde Giorgia Meloni als italienische Regierungschefin vereidigt, die der rechtsradikalen Fratelli

d’Italia vorsteht. Gegen diese Normalisierung rechtsextremer Politik in Europa setzt der DGB sich seit jeher ein.

Diesen Kampf gegen Rechtsaußen, der immer auch ein Kampf für die Demokratie ist, führen wir als Einheitsgewerkschaft. Eine Lehre aus der Weimarer Republik ist: Nur als Einheitsgewerkschaft sind wir gemeinsam widerstandsfähig. Das ist eine weitere Konsequenz des DGB aus seinem Blick zurück auf seine Vorläuferorganisation. Auch in unserer Region war die Arbeiterbewegung zerstritten und konnte so leichter besiegt werden: Die Führung der KPD denunzierte bekanntlich die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“, umgekehrt titulierte der Stuttgarter SPDler Kurt Schumacher die KPD als „rotlackierte Nazis“. Rückblickend ein fataler Fehler, den der Namensgeber unseres Willi-Bleicher-Hauses in eine positive Parole fasste: „*Hütet die Einheitsgewerkschaft wie euren Augapfel.*“

Die Gewerkschaften in Europa müssen die Demokratie nicht nur gegen Rechtsaußen verteidigen. Während ich dieses Vorwort schreibe, streiken in Frankreich die Gewerkschaften gegen die Rentenpläne der Regierung. Staatspräsident Macron setzte das Rentenalter nun am Parlament vorbei hoch und lässt seinen Wirtschaftsminister Bruno Le Maire öffentlich über die Abschaffung des Streikrechts spekulieren: „*Die Treibstofflager müssen freigegeben werden, ebenso die Raffinerien, die blockiert sind. Dienstverpflichtung muss als Mittel genutzt werden, und es muss dafür gesorgt werden, dass wie in jeder Demokratie die Stimme der Mehrheit mehr gilt als die Stimme der Minderheit.*“ Im Namen der Demokratie greift so die französische Regierung das Streikrecht an – und unterhöhlt dieselbe damit.

Auch in England stehen die Gewerkschaften und damit die Demokratie unter Beschuss. Dort kündigt der Premierminister Sunak bereits 2022 an, das Recht auf Streik einschränken zu wollen, falls sich die Gewerkschaften weiterhin „unvernünftig“ verhielten und Forderungen nach Inflationsausgleich durch Lohnerhöhungen nicht aufgäben. In diesem Fall „*würden entsprechende Maßnahmen ergriffen.*“ Er arbeite an „*neuen harten Gesetzen*“ um „*die Menschen vor diesen Störungen zu schützen*“, so Sunak im britischen Unterhaus. Inzwischen ist das „*Minimum Service Levels Bill*“ verabschiedet: In Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Feuerwehr und Sicherheit ist das Streikrecht de facto abgeschafft.

Und in Deutschland? Da mehren sich Stimmen, die das Streikrecht bei kritischer Infrastruktur einschränken wollen.

Gerechtigkeit, Mitbestimmung und sozialen Fortschritt gibt es nicht von alleine. Wir müs-

sen jeden Tag dafür einstehen: in den Betrieben und gegenüber der Politik. Wir müssen immer ein waches Auge darauf haben, dass nicht immer wieder zentrale demokratische Errungenschaften in Frage gestellt werden. Auch gegen diese Aushöhlung der Demokratie von innen müssen wir stark sein. Offensiv treten wir für die weitere Demokratisierung aller Lebensbereiche, allen voran der Wirtschaft. Auch das gehört zu unserer Kampagne *BWgerecht*, mit der wir uns für mehr Gerechtigkeit und Solidarität in Baden-Württemberg einsetzen. Die Zeit der Naziherrschaft ist für uns immer Verpflichtung. Sie verpflichtet uns stets im Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie. Dafür braucht es die Einheitsgewerkschaft, überparteilich, aber niemals unpolitisch ist.

Kai Burmeister
Vorsitzender DGB Baden-Württemberg



JEDEN NIEDERSCHLAGEN, DER SICH UNS ENTGEGENSTELLT

Die Gleichschaltung der Stuttgarter Gewerkschaften vor 90 Jahren

Am 1. Mai 1933 erlebte Stuttgart die vielleicht größte Demonstration seiner Geschichte. Gerade 25 Jahre, nachdem sich auf dem Wasen beim internationalen Sozialistenkongress Gewerkschafter und Sozialisten aus aller Welt in einer riesigen Kundgebung für internationale Solidarität eingesetzt hatten, demonstrierte dort der Nationalsozialismus seinen Sieg über „Klassenkampf“ und „Marxismus“ – die Gewerkschaftsbewegung.

An Warnungen hatte es nicht gefehlt, nachdem der italienische Faschismus ab 1922 seine terroristische Diktatur errichtet und die zerstrittene Arbeiterbewegung zerschlagen hatte. Clara Zetkin war eine der ersten, die eine Einheitsfront gegen den Faschismus forderte. Doch die Führung ihrer Partei bekämpfte die Führungen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie als „Sozialfaschisten“, und Kurt Schumacher, damals Führer der Stuttgarter SPD, titulierte die Kommunisten 1930 als „rotlackierte Nazis“. Noch am 8.2.1933 lehnte der Stuttgarter ADGB die Forderung der Bosch-Vertrauensleute und vieler Betriebsversammlungen nach einem gemeinsamen „Kampfkartell“ ab. Dagegen einigten sich die Rechten, Hindenburg ernannte Hitler zum Reichskanzler und unterzeichnete nach dem Reichstagsbrand am 27.2. eine Notverordnung, durch die Grundrechte beseitigt und die Kommunisten für vogelfrei erklärt und ihre Büros und Zeitungen besetzt wurden.

Schon am 30. Juni 1932 hatte die SA erstmals das (alte) Gewerkschaftshaus überfallen und Gewerkschafter verprügelt. Am 7.3. zog die SA erneut, provokativ vorbei am Haus von SPD und Reichsbanner in der Friedrichstraße 13, zum (alten) Landtag in der Kronprinz-

straße und hisste dort die Hakenkreuzfahne. Anschließend ging der Marsch zum alten Gewerkschaftshaus in der Esslinger Straße. „Nachdem das Gewerkschaftshaus besetzt war, wurde der Marsch fortgesetzt“, berichtete ein Teilnehmer. Am Leonhardsplatz brachen die Milizionäre die Türen eines Lokals auf und verhafteten dort anwesende Arbeiter. „Antifaschisten“ galten nun als „Verbrecher“. Am 8.3. wurden auch das Gebäude der sozialdemokratischen Schwäbischen Tagwacht und der SPD besetzt.



Das alte Stuttgarter Gewerkschaftshaus, der Gasthof zum goldenen Bären

NS-Gauleiter Murr verkündete bei seiner Wahl zum Staatspräsidenten am 15.3., man werde „mit aller Brutalität jeden niederschlagen, der sich uns entgegenstellt.“ Das Ermächtigungsgesetz legitimierte am 23.3. diese Drohung und leitete Massenverhaftungen zunächst vor allem von Kommunistinnen und Kommunisten ein. Das KZ Heuberg bei Schweningen wuchs ab dem 20.3. zum vorerst größten KZ in Deutschland.

Der 1. Mai 1933

Der 1. Mai sollte nun zur „Geburtsstunde des nationalen Sozialismus“ werden und den „Marxismus“ zu Grabe tragen, so der spätere OB Strölin. Große Enttäuschung rief bei den gewerkschaftlich Aktiven nicht nur der Verlust des mühsam erkämpften Kampftags, sondern auch die Reaktion der Führung der Gewerkschaften hervor, wie Josef Kollmair berichtet.

„Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den 1. Mai 1933 als gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit und fordert die Mitglieder auf (...) für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat sich allerorts an der von der Regierung veranlassten Feier festlich zu beteiligen.“

Die neuen Machthaber wollten eben nicht die angebotene Unterstützung der Gewerkschaften, so Kollmair, „denn die Machthaber hatten die Absicht, gerade an diesem Tag die Gewerkschaften von ihren Führern zu trennen.“

Die Belegschaften mussten am 1. Mai im Betrieb antreten und unter Aufsicht der zu Führern mutierten Vorgesetzten und der NS-Betriebsorganisationen zum Innenhof der Rotebühlkaserne, wo ein Vertreter der Unternehmer und der NSBO den Sieg über den „marxistisch-jüdischen Klassenkampf“ verkündeten. Der Fabrikant Fritz Kiehn (Trossingen), alter Parteigenosse und SS-Mitglied, beklagte, dass die früheren Maifeiern, von „volksfremden jüdischen Elementen geführt“ die Arbeiter dem Vaterland entfremdet hätten und schloss mit einem „Sieg-Heil auf die deutsche Volksgemeinschaft“.

Am Nachmittag ging es, begleitet von der Reichswehr „mit klingendem Spiel“, zum Wasen. „Arbeiter und Soldat marschierten

wieder im Gleichschritt“, jubelte der konservative „Schwäbische Merkur“ am 3. Mai. Unterwegs verdrückten sich Tausende, und in den Stuttgarter Wäldern fanden kleine illegale Maifeiern der linken Parteien und Kulturvereine statt.

Gewerkschaftshäuser besetzt

„Am 2. Mai ging ich mit der düsteren Ahnung ins Büro, dass nun Schlag auf Schlag folgen würde“, berichtet Josef Kollmair, 1933 Bezirksleiter im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, in seinen Erinnerungen:

„Ich war kaum da, da wurde die Tür zu meinem Büro aufgerissen und die SA mit den Gewehren in der Hand stürzten herein in der Stärke von 5 Mann. Nun wurde uns eröffnet, dass die SA das Haus besetzen werde und wir sollten keinen Widerstand leisten und auf unsren Posten bleiben. Dann mussten wir uns ins Büro der Ortsverwaltung begeben, das auch schon besetzt war. Da kam ein höherer SA-Mann und frug, wer von uns der Gauleiter sei. Ich meldete mich und nun wurde mir eröffnet, dass ich in Schutzhaft komme. Von SA-Männern mit geladenen Gewehren wurde ich zum Polizei-Präsidium (dem Hotel Silber, EK) gebracht, dies waren nur wenige Schritte. Dort wurden dann so nach und nach immer weitere Gewerkschafts-Gauleiter eingeliefert. Wir wurden im Gefängniswagen ins Polizeigefängnis in der Büchsenstraße gebracht.“ Am vierten Tag wurde Kollmair einem SA-Mann als seinem Nachfolger vorgeführt, aus dem Polizeigefängnis entlassen – und bald gekündigt.

Der NS-Kurier berichtete am 3.5., dass in den Morgenstunden „in den Gebäuden der marxistischen Gewerkschaften in Stuttgart SA- und SS-Mannschaften erschienen“. Der Gaubetriebszellenleiter der NSBO „Pg. (Friedrich) Schulz übernahm die Gleichschaltung

des ADGB und besetzte das Heim des Metallarbeitersverbands in der Kanzleistraße 33 (heute Willi-Bleicher-Straße), wo die Fahne der deutschen Revolution gehisst wurde.“ Die Nationalsozialistische Betriebsorganisation werde die Belange der deutschen Arbeiterschaft in ihre Hände nehmen. „Die Leiter der Berufsverbände wurden in Schutzhaft



Das neue Stuttgarter Gewerkschaftshaus sollte im Mai 1933 bezogen werden

genommen.“ Funktionäre der NSBO wurden als Kommissare eingesetzt, der „Geschäftsbetrieb“ war fortzusetzen, um das Vermögen der

Gewerkschaften in die NS-geführte „Deutsche Arbeitsfront“ einbringen zu können. Ziel war es, „den Gewerkschaftsapparat der Marxisten zu übernehmen und im Sinne der nationalsozialistischen Revolution weiterzuführen.“ Am nächsten Tag meldete Reichsleiter Ley, bald Führer der DAF, Hitler den erfolgreichen Abschluss der Aktion. Mit den „gewerkschaftlichen Kampfmethoden sollte es ein für allemal ein Ende haben“. (Schwäbischer Merkur 4.5.33)

Manche Kolleginnen und Kollegen wollten Widerstand leisten durch Kündigung ihrer Mitgliedschaft, sie wurden als Staatsfeinde angesehen und mit „Maßnahmen“ bedroht. Nicht selten waren die Betriebsobmänner der DAF vorher als Betriebsräte aktiv gewesen, viele dachten, der „Spuk“ sei bald vorbei und so lange gelte es, die Organisation und ihr Vermögen zu sichern. Häufig rekrutierte sich der NSBO aber auch aus Angestellten aus dem rechten „Handlungsgehilfenverband“, betrieblichen Sonderlisten oder Arbeitslosen, die durchaus vorher der KPD nahegestanden haben konnten.

In Schwenningen weigerte sich der DMV-Bevollmächtigte Ludwig Becker, als Amtsverweser der DAF zu fungieren und kündigte. Als die Kollegen ihren Bevollmächtigten bei der neuen Arbeit als Dachdecker auf dem Kirchendach entdeckten, strömten Hunderte zu einer wortlosen Demonstration zusammen.

Am 5. Mai hatten die Mitglieder in der Stadthalle zu erscheinen, wo der NSBO-Führer Schulz von der „nationalen Einheitsgewerkschaft“ schwärmte, die von Nationalsozialisten geführt werde. Vertretungsrechte hatte die DAF, der die Gewerkschaften nun eingegliedert wurden, allerdings keine. Gewerkschaftliche Interessenvertreter galten nun als „Hetzer und Volksverführer“, für die es nun nur ein Asyl gebe, so Schulz, „den Heuberg“.

Asyl auf dem Heuberg

Im Juni wurde auch der SPD-Landesvorsitzende Erich Rossmann zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Pflüger ins KZ Heuberg eingeliefert, wenige Wochen, nachdem sie im Landesvorstand der SPD am 11.5. aufgerufen hatten, die „politische Neubildung Deutschlands (...) nach den Plänen der nationalen Revolution“ zu unterstützen. Nicht nur Gewerkschaftsaktivisten aus der republikanischen Schutzorganisation „Reichsbanner“, die bis zuletzt bereit waren zum Widerstand, beklagten die demoralisierende Wirkung dieser Kapitulation.

Die „politische Polizei“, die bereits vor 1933 mit den Nazis verweben war, beschlagnahmte im selben Jahr eine Analyse aus sozialdemokratischen Kreisen. Darin heißt es bereits Anfang Mai: *„Hoffnungslos, ja verzweifelt, macht- und hilflos sehen die proletarischen Massen ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen zusammenbrechen, untergehen. Und sie würden dieses Schicksal weniger schwer ertragen und hinnehmen, wenn Ursache des Zusammenbruchs nur die Gewaltmaßnahmen der jetzigen Machthaber wären.“* Die Fahnenflucht und Loyalitätsbezeugungen von Funktionären und sozialistischen Beamten hätten das Vertrauen und das innere Gefüge erschüttert. Eine Ursache wurde in der „unumschränkten Beamtenhierarchie“ in Gewerkschaften, Partei und Konsumvereinen gesehen, getragen von einer beamteten Mittelschicht in den Organisationen und nicht mehr von der Aktivität der Mitglieder.

Trotzdem blieben viele aktiv im Widerstand. Junge Gewerkschafter wie Alfred Albrecht, Vorsitzender der Metallarbeiterjugend in Stuttgart und Mitglied in der KP-Opposition, druckten „Hitler gleich Krieg“ auf Klebestreifen, die sie an Häuserwände klebten. 1934 wird er verhaftet. Der Reichsbannerführer Karl Molt arbeitete von der Schweiz aus am Aufbau von Widerstandszirkeln von

Eisenbahngewerkschaftern, bis sie kurz vor Kriegsbeginn von der Gestapo zerschlagen wurden.

Viele wurden dann in der „Büchenschmiede“ oder in den Folterkellern der Gestapo misshandelt, bevor sie nach verbüßter Gefängnisstrafe ins KZ überstellt wurden. Ludwig Becker



Das Polizeigefängnis in der Büchenschmiede

organisierte als Urlaubsfahrten im Omnibus getarnte Treffen von Naturfreunden, bevor auch er im KZ Buchenwald Kollegen und Genossen wiedersehen musste.

Selbst kleinste Widerstandshandlungen wurden brutal verfolgt. In den Betrieben errichtete die NSBO sogar einen „Nachrichtendienst“ oder „Betriebsüberwachungsdiensnt“, um die Bildung von Widerstandsnestern zu unterbinden. Der NS-Kurier meldete am 28.7., die Firma Bosch habe als eine Warnung an „unverbesserliche Hetzer“ in einer „Reinigungsaktion“ 42 „Saboteure der Volkseinheit entlassen“. Auch in anderen Betrieben wurde „gesäubert“. Aus Betriebsversammlungen wurden Betriebsappelle, in denen der Chef als „Betriebsführer“ nach dem Singen des Deutschlandlieds der „Gefolgschaft“ Anweisungen gab. Mit Hilfe des Nationalsozialismus konnten die Unternehmer ihre Alleinherrschaft in den Betrieben restaurieren.

Erhard Korn

DIE NIEDERLAGE VON 1933

Willi Bleicher kam um die Mitte der 70er Jahre nach Marburg, um – auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (AgF) und des örtlichen DGB – in der Universität einen Vortrag zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften zu halten. Der große Hörsaal war gut gefüllt. Willi galt vielen Jüngeren, die bei Wolfgang Abendroth und seinen Schülern etwas über die Geschichte der Arbeiterbewegung gelernt hatten, als legendäre Figur. Er hatte nicht nur im Widerstand gegen den Faschismus die Hölle von Buchenwald überlebt, sondern war als Führer von Streikbewegungen der IG Metall in Baden-Württemberg der 60er und frühen 70er Jahre als Repräsentant des klassenorientierten und kämpferischen Flügels der DGB-Gewerkschaften anerkannt. Während der Diskussion entfuhr Bleicher der – mit viel Emphase unterlegte – Satz: „Die deutsche Arbeiterbewegung hat die Niederlage von 1933 bis heute nicht verarbeitet“; dabei sprach er auch von der „Schmach“ einer tiefen Niederlage, die weite Teile der Arbeiterklasse in Resignation versetzte!

Willi war 1933 26 Jahre alt, arbeitslos, seit den frühen 20er Jahren in der KPD, ab 1929 in der KPD-Opposition und im Deutschen Metallarbeiterverband politisch organisiert und sozialisiert. Zumal im Stuttgarter Raum – nicht nur „beim Daimler“ – war dieser Typus eines marxistisch gebildeten, zur Verteidigung der Sowjetunion bereiten und auf die Ziele eines revolutionären Sozialismus verpflichteten und dabei – als Gewerkschafter – auf die betriebliche Arbeit orientierten Interessenvertreters der Lohnabhängigen besonders stark vertreten. Diese waren stolz auf die – im internationalen Vergleich – starke deutsche Arbeiterbewegung. Sie glaubten daran, in einer geschichtlichen Epoche zu leben, die mit dem Übergang zum Sozialismus enden würde. Sie waren aber auch schon in die großen internen Auseinandersetzungen

gen und Spaltungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung einbezogen. Diese hatten nach dem Ersten Weltkrieg, in der deutschen Novemberrevolution und schließlich auch in den Jahren des Aufstieges des Faschismus in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 Sozialdemokraten und Kommunisten als erbitterte Feinde hervorgebracht. Erinnerungen an eine proletarische Einheitsfront beschränkten sich auf den erfolgreichen Generalstreik gegen den sog. „Kapp-Putsch“ im März 1920, als Freikorpsverbände bei dem Versuch scheiterten, die Regierung zu stürzen und die Weimarer Republik abzuschaffen. In der KPD gehörte Willi Bleicher zu denjenigen Kräften, die den ultralinken Kurs der KPD und der KI kritisierten und im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus eine Politik der Einheitsfront forderten. Sie blieben allerdings in der Minderheit!



Jahrbuch 1933 der kommunistischen Süddeutschen Arbeiterzeitung

Im Sieg des Faschismus und der Niederlage von 1933 verbanden sich verschiedene objektive und subjektive Faktoren. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. hatte Massenarbeitslosigkeit erzeugt sowie mit den Präsidentschaftsregierungen (Brüning, von Papen, von Schleicher) ab 1930 die parlamentarische Demokratie de facto außer Kraft gesetzt. Die Gewerkschaften waren infolge der Massenarbeitslosigkeit geschwächt. Die Zahl der Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften, die 1920 noch 8,5 Mio. betragen hatte, ging bis 1932

auf 3,9 Mio. zurück; auch die Zahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage verringerte sich deutlich seit 1930. Dazu konkurrierten verschiedene Gewerkschaften gegeneinander – die Gewerkschaften des sozialdemokratisch geführten ADGB, die (nicht-sozialistischen) Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sowie nationalistische Angestelltenorganisationen. Die Konfrontation zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wurde entweder in den ADGB-Gewerkschaften (u. a. durch Ausschlussverfahren gegen Kommunisten) oder in den Versuchen kommunistischer Gewerkschaftsgründungen (RGO-Politik) ausgetragen.

Nachdem Hitler am 31. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, errichteten die Faschisten innerhalb weniger Monate eine terroristische Diktatur, die die parlamentarische Demokratie ausschaltete und die politischen Gegner in Parteien und Gewerkschaften bis Juni in die Illegalität bzw. in die Gefängnisse und die ersten KZ trieb. Dazu übten SA und SS Terror gegen politische Gegner aus, die Polizei wurde dem Nazi Göring unterstellt. Die Eliten des Landes – aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, den Kirchen, der Kultur – hielten sich überwiegend zurück. Die Führung der SPD lehnte kommunistische Aufrufe zum Generalstreik ab und orientierte sich auf die Wahlen im März 1933. In den Novemberwahlen des Jahres 1932 hatten die Arbeiterparteien SPD und KPD zusammen mehr Stimmen als die NSDAP erhalten; im März '33 erreicht die NSDAP 43,9 % (immer noch nicht die absolute Mehrheit!), die Arbeiterparteien (die KPD operierte bereits aus der Illegalität) erreichten 40,6 %.

In der Führung der ADGB-Gewerkschaften waren schon vor dem Januar 1933 Stimmen laut geworden, die für die Losung der Bindungen an die SPD plädierten. Führende Gewerkschafter hofften, die Organisationen durch eine „Einheitsgewerkschaft“ mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zu retten, die sich der neuen „nationalen

Regierung“ andient. Und schließlich rief der ADGB seine Mitglieder dazu auf, an den Mai Kundgebungen des Regimes teilzunehmen. Der Aufruf des ADGB bediente sich dabei der Ideologie und Sprache des Faschismus: „Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewusst demonstrieren und ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.“ Hitler hatte den 1. Mai zum nationalen Feiertag erklärt und hielt dazu eine große Rede, die an alle Veranstaltungen übertragen wurde. Joseph Goebbels schrieb in seinem Tagebuch: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt. Gleichschaltung auch auf diesem Gebiet. Es wird vielleicht ein paar Tage Krach geben, aber dann gehören sie uns. Man darf hier keine Rücksicht mehr kennen.“

Es gab keinen nennenswerten Widerstand. Die Büros wurden verwüstet, die Kollegen verprügelt und gedemütigt und zum Teil schon in „Schutzhaft“ genommen. Das war auch einer der Gründe dafür, dass Willi Bleicher bei dieser Diskussion in Marburg über die „Schmach“ der Niederlage im Mai 1933 sprach. Zugleich forderte er die Jungen auf, die „Einheitsgewerkschaft“ – als Ergebnis eines fortschrittlichen Lernprozesses in der Geschichte nach 1945 – als eine „Errungenschaft“ zu verteidigen und sie – vor allem im Blick auf die rechten Gefahren, die in den Krisen des Kapitalismus immer wieder aufbrechen und dabei sowohl eine sozialstaatlich fundierte Demokratie als auch das Existenzrecht freier Gewerkschafter infrage stellen – als kampffähige Organisationen der Lohnabhängigen zu stärken.

Prof. Dr. Frank Deppe

Willi Bleicher zu 1933

„Wir begriffen nicht, was in der Stunde vonnöten gewesen wäre: zusammenzustehen, als Klasse zusammenzustehen. Wir begriffen nicht, daß der Faschismus auch nur eine Regierungsform des Kapitalismus ist.“

WO BLIEB DER WIDERSTAND?

Noch zu Beginn des Jahres 1933 war die Arbeiterbewegung im Deutschen Reich die wesentliche Basis der Gesellschaft. Oft wird deshalb gefragt, wieso die Nationalsozialisten so leichtes Spiel bei der Zerschlagung der mächtigen Organisationen hatten.

Wir haben diese Broschüre Umarmung und Gewalt genannt, um genau diese Frage damit zu beantworten.

Reichstagswahlen am 5.3.1933

	Stuttgart	Esslingen
NSDAP	33,8%	35%
SPD	23,7%	27%
KPD	14,8%	16%

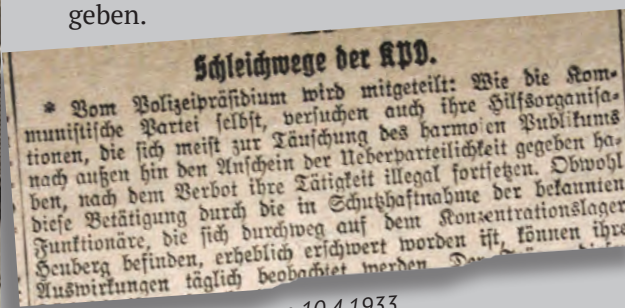
Von Mehrheiten kilometerweit entfernt – die NSDAP konnte gerade mal ein Drittel der Stimmen erringen

Wie unbedeutend die Wahlen für die politische Stoßrichtung der NSDAP waren, lässt sich auf diesem Bild erkennen. Am 7. März 1933 hissen Nazis Hakenkreuzflaggen am Landtagsgebäude Ecke Kronprinzstraße und Kanzleistraße

Die Nazis benötigten dringend die Arbeiterbewegung, um ihre Pläne, die Zerstörung der Republik, auszuführen – daher die Umarmung. Die Gewalt der Faschisten war so hemmungslos, wie es sich auch hartgesotene Zeitgenossen nicht vorstellen konnten. Zwischen dem 30. Januar 1933, dem Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch



Reichspräsident Hindenburg, und dem 2. Mai 1933, dem Tag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften, wurden im Tagesrhythmus die elementaren Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft hinweg gefegt. Sadisten in der SA, SS, der Gestapo und weiteren Umfeldorganisationen bekamen Absolution für ihre Brutalitäten, während der Führerstaat gleichzeitig die gesetzlichen Grundlagen herstellte, um sich einen legalen Anspruch zu geben.



Eßlinger Zeitung vom 10.4.1933

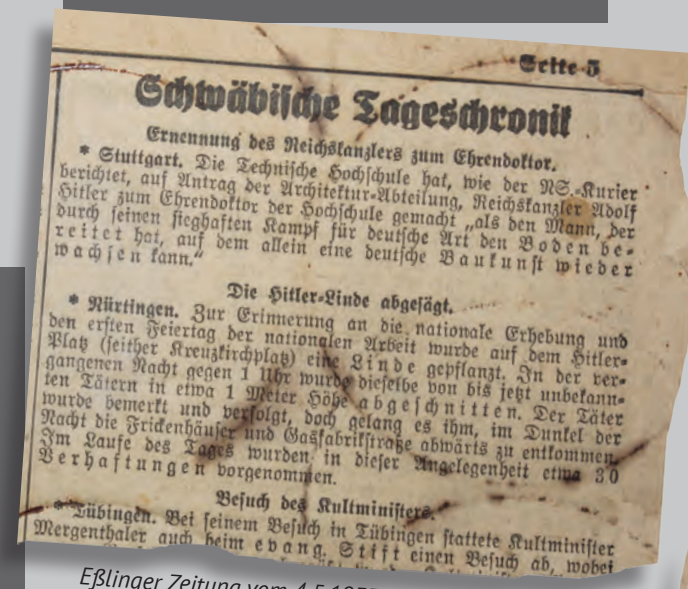
Über 20.000 Menschen wurden in dieser Zeit im Deutschen Reich verhaftet. Der Widerstand war so um diese Zahl an politisch und gewerkschaftlich Aktiven verringert. Es ging nicht mehr darum, wer politisch der mächtigere Flügel war. Die NSDAP ertränkte die gesamte Arbeiterbewegung in Blut.

Joseph Goebbels:

„Wir Nationalsozialisten haben [...] niemals behauptet, daß wir Vertreter eines demokratischen Standpunktes seien, sondern wir haben offen erklärt, daß wir uns demokratischer Mittel nur bedienen, um die Macht zu gewinnen, und daß wir nach der Machteroberung unseren Gegnern alle die Mittel versagen würden, die man uns in Zeiten der Opposition zugebilligt hatte.“

[...] [Ich gehörte] zu den „politisch belasteten“ Bonzen [...], die ihre Entlassung bekamen, um den Weg zur nationalen Erneuerung der Gewerkschaften nach der Idee Leiparts freizumachen. [...] Vom März an war ich vogelfrei. In der Nacht vom 7. auf den 8. März habe ich auf eigene Initiative in Stuttgart versucht, den Kampf auszulösen. Als alle den Kopf verloren hatten, alarmierte ich als Reichsbannerführer das Reichsbanner. Die ganze Nacht lagen ca. 2.000 Mann bewaffnet den Nazis gegenüber. Wir wollten in dieser Nacht die Nazis aus allen von ihnen besetzten Punkten heraushauen. Das wäre uns auch für Stuttgart gelungen, wohl sehe ich heute ein, daß es auf Stuttgart begrenzt geblieben wäre und wir schon in den nächsten Tagen zusammenkartätscht worden wären. Die Herren Parteibonzen haben mich aber an der Herausgabe des Schießbefehls durch ihr Intrigenspiel gehindert, so daß ich den Einrückbefehl geben musste [...].

Bericht von Karl Molt, ehem. stv. Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands über den 7./8. März 1933 (Freischärlermobilmachung nach der Reichstagswahl) in einem Brief an Hans Jahn vom 9.4.1936



Eßlinger Zeitung vom 4.5.1933

LÜGE ALS PRINZIP

Der Parteiname NSDAP verkaufte sich als sozialistisch sowie auch als eine Arbeiterpartei. Diesen Nimbus hatte sie sich selbst gegeben, um im Arbeitermilieu einen Fuß in die Tür zu bekommen. Auch wenn man leider nicht davon sprechen kann, dass die Arbeiterbewegung als eine gemeinsame Front gegen den Faschismus stand, so lässt sich doch zumindest feststellen, dass sie sowohl kulturell als auch von der Bindung her wenig mit den Nationalsozialisten verband.



Jürgen Kuczynski:
„Man [kann] sagen, daß es den Faschisten nicht gelungen war in der Arbeiterklasse irgendeinen ernstesten ideologischen Einfluß zu gewinnen. Davor war das Proletariat durch die ideologische Wirksamkeit der Agitation und Propaganda sowohl der KPD wie auch im großen und ganzen der SPD und des ADGB bewahrt worden. Denn so verschieden die Ideologie der KPD auf der einen und der Führung von SPD und ADGB auf der anderen Seite auch waren, ja, so feindlich sich diese Ideologien gegenüberstanden, so einig waren sie sich in der Ablehnung des Faschismus.“

Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus wurde erbaut nach Plänen des Architekten Karl Beer. Die starken Bauhaus-Anleihen sind unübersehbar. Beer war SPD-Gemeinderat in Obertürkheim und wurde im März 1931 Opfer einer Verleumdungskampagne des NS-Kuriers. Am 20. März 1933 erhielt er durch den Staatskommissar Karl Strölin ein Hausverbot für das Rathaus, das seine Arbeit als Gemeinderat unterband. Zwischen Mai und August 1933 war er in der „Büchenschmiede“ inhaftiert, dem städtischen Gefängnis in der Büchsenstraße – unweit des Gewerkschaftshauses. Die Nazis beschimpften modernes Bauen als ‚undeutsch‘. Es hielt sie jedoch nicht davon ab, sich das Eigentum der Gewerkschaftsmitglieder unter den Nagel zu reißen.

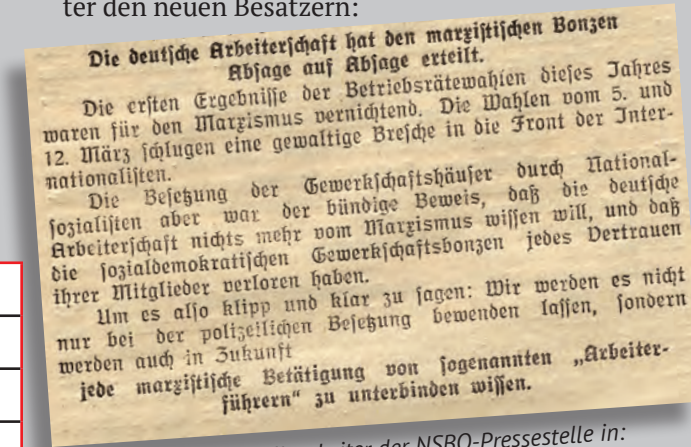
Die Betriebsrätewahlen 1933 im Reich waren für die Nazis ein Fiasko. Die Zahlen machten deutlich, dass die Nazis keine wesentliche Verankerung in der organisierten Arbeiterschaft hatten. Deshalb wurden die Wahlen per Gesetz am 4.4.1933 abgebrochen. Bis dahin waren 9.235 Mandate in 1.387 Betrieben mit folgendem Ergebnis ausgezählt:

Freie Gewerkschaften	73,4%
Christliche Gewerkschaften	7,6%
Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften	0,6%
RGO	4,9%
NSBO	11,7%

(Zahlen nach „Gewerkschaft“ Nr. 17 vom 29.4.1933, S. 270)

Willi Bleicher:
„Ich habe in der Gewerkschaftsbewegung nie und nimmer gefragt, bist du Kommunist oder Sozialist oder christlicher Arbeiter. Ich habe den Kollegen beurteilt nach seinen Taten. Und wenn ich verspürte, daß er dem Begriff Solidarität so in etwa sich verpflichtet fühlte, dann gehörte er zu mir.“

Und so liest sich eine Woche später dieser Umstand in derselben Zeitung, allerdings unter den neuen Besitzern:



Hans Biallas, Leiter der NSBO-Pressestelle in: „Gewerkschaft“ vom 6.5.1933

Joseph Goebbels:
„Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.“

(Tagebucheintrag 24.4.1933)

Blick in das erhaltene Treppenhaus 2013



ARBEITERKULTUR IN ALLEN FORMEN

100 Jahre Arbeiterbewegung hatten nicht nur das Land verändert, sondern auch die kulturellen Tätigkeiten und das Leben der Menschen geprägt. Eine blühende Vielfalt entstand im Laufe der Zeit, nicht nur im politischen Bereich. Theater, Sport, Kunst, Literatur und selbstverständlich auch die Kultur der Bildung und der Auseinandersetzung war auf ein hohes Niveau gestiegen.



Postkartengrüße von der Spartakiade 1928 aus Moskau. Das Motiv stammt von dem sowjetischen Avantgardekünstler Gustavs Klucis



Schwimmwettbewerb der Roten Sporteinheit im Stadtbad Heslach in Stuttgart, ca. 1932

Modernes Bauen: Der Friedrich-Ebert-Wohnhof wurde 1927-1929 nach den Plänen von Karl Beer errichtet, der auch das Stuttgarter Gewerkschaftshaus entwarf



Fröhlich lebe - Aufwärts strebe
Motto am Eingangstor zum Friedrich-Ebert-Wohnhof



Büro der Stuttgarter KPD anfangs der 30er Jahre



Fröhliche Runde im Esslinger Waldheim des Arbeiterturnvereins ATV auf dem Zollberg. Am 20. Juni 1933 stand das Gebäude in Flammen und brannte nieder. Daneben die SA - und verhaftete den Vorstand. Sie wurden misshandelt und darauf in das KZ Heuberg verbracht (s. a. S. 31).

DER 1. MAI IST UNSER FEIERTAG



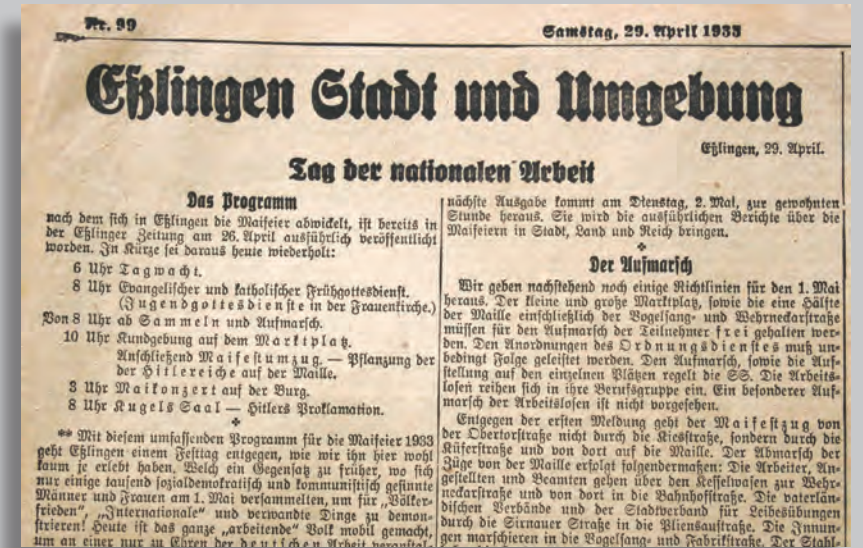
Der erste Kongress der II. Internationale 1889 in Paris legte fest, an einem bestimmten Tag in allen Ländern eine große internationale Kundgebung für die Forderungen dieses Kongresses, insbesondere aber für den Achtstundearbeitstag, zu organisieren. Aufgrund mehrjähriger Traditionen in der amerikanischen Arbeiterbewegung wurde dafür der 1. Mai bestimmt. Der Erfolg dieser Demonstrationen führte zu dem Beschluss, nunmehr alljährlich den 1. Mai als Kampf- und Festtag der internationalen Arbeiterklasse zu begehen.



Zeitgenössische Postkarte von 1910



Programm des 1. Mai 1933 nach Strickart der NSDAP Eßlinger Zeitung vom 29.4.1933



Willi Bleicher:

„Den 1. Mai unter faschistischer Gewaltherrschaft erlebte ich in Würzburg. Aus diesem Kampftag der internationalen Arbeiterbewegung wurde ein nationaler Feiertag, die Unternehmer marschierten mit den Arbeitern Seite an Seite, es gab Freibier und eine Vesper, von den Unternehmern gestiftet – es war „Volksgemeinschaft“. Wie tief war der Fall!“



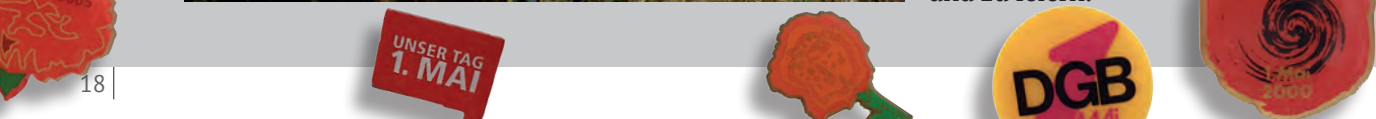
1. Mai-Demonstration mit Kinderwagen und Musik in Esslingen auf der Pliensaubücke, etwa 1930



Ob rund, viereckig, als Kugel oder Buch, psychedelisch oder klassisch: Das 1. Maiabzeichen und die Mainelke sind das Markenzeichen an jedem Maifeiertag



Die internationale Arbeiterbewegung hat es verstanden, den Protesttag auch als Festtag zu begehen. So sind zum Beispiel im Stuttgarter Raum die Waldheime bis zum heutigen Tag ein Muss für viele engagierte Menschen, um am 1. Mai in solidarischer Gemeinsamkeit sich zu treffen und zu feiern.



DER ERSTE MAI WIRD NICHT ERLAUBT, ER WIRD BEFOHLEN



1. Mai-Abzeichen 1934

Der 1. Mai hatte früher wie heute für Gewerkschaften eine lange Tradition. Der „internationale Kampftag der Arbeiterklasse“ war dementsprechend nicht nur ein Schaulaufen, sondern gleichzeitig der bedeutendste Feiertag der arbeitenden Menschen. Die ganze Bandbreite proletarischen Bewusstseins und der Lebensgestaltung fand darin ihren Höhepunkt.

Der Hass der Nazis auf die Arbeiterbewegung schloss auch die Ablehnung der verschiedenen Arbeiterkulturen mit ein. Ihr Versuch, den 1. Mai für sich zu vereinnahmen, stand daher vor dem nicht so einfach aufzulösenden Widerspruch, einerseits die proletarischen Massen mobilisieren zu wollen ohne

Anzeige des ADGB zur letzten freien 1. Maikundgebung Eßlinger Zeitung vom 29.4.1932

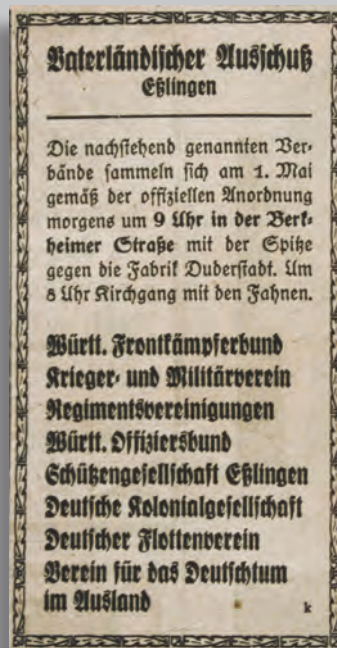


1. Mai-Aufmarsch der NSDAP 1933 Stuttgart Neckarstraße

sich andererseits mit den Forderungen der Arbeiterbewegung gemein zu machen.

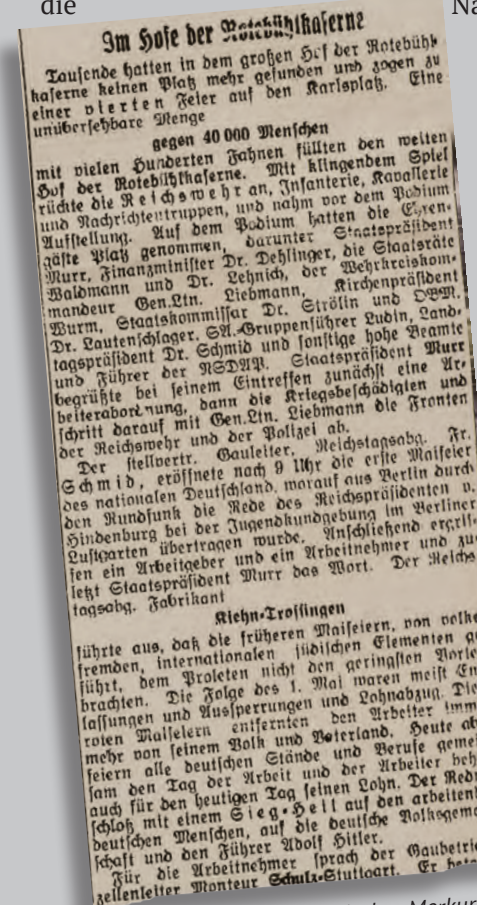
Die Nazis lösten für sich den Widerspruch damit, dass sie den Arbeitern den Lohn für den neuen „Feiertag“ des 1. Mai nur auszahlen, wenn diese sich ihre Anwesenheit bei den Feierlichkeiten bestätigen ließen.

Anzeige völkischer Verbände Eßlinger Zeitung vom 29.4.1933



Der 1. Mai wird zur Farce

Die Nazis wollten zeigen, wie der 1. Mai richtig geht. Ein Feiertag zur Huldigung der nationalen Arbeit und der völkischen Verpflichtung unter den Führer. Entsprechend wurde alles zusammengewürfelt, was für die National-



Schwäbischer Merkur vom 3.5.1933



Düstere Wolken über dem Maifeiertag – Naziästhetik 1933

sozialisten inhaltliche Bedeutung hatte. So fand die zentrale Stuttgarter Kundgebung im Hof der Rotebühlkaserne (dem heutigen Finanzamt) statt, umrahmt von Reichswehr und Polizei. Die Rede hielt der Zigarettenpapierfabrikant und spätere SS-Sturmabführer Fritz Kiehn aus Trossingen. Kiehn war einer

der wichtigsten Geldgeber für die württembergische NSDAP. Der bedingungslose Antisemit vermehrte sein Reichum durch „Arisierung“ von jüdischen Firmen. 1949 wurde er im Zuge der Entnazifizierung von der Spruchkammer als „minderbelastet“ eingestuft.

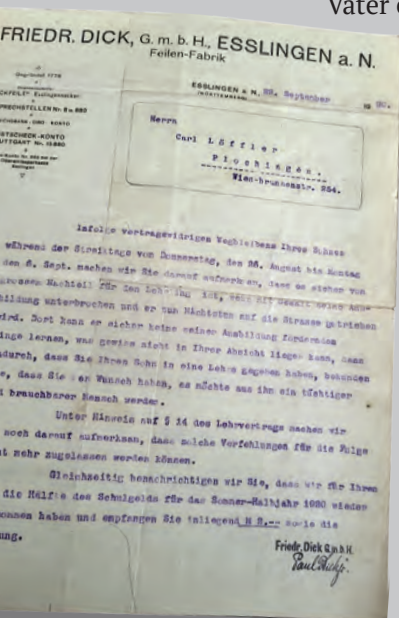
1. Maiaufzug 1933 Stuttgart Neckarstraße



ESSLINGEN

Am 22. September 1920 geht ein Brief bei Herrn Carl Löffler ein. Die Friedrich Dick GmbH, heute noch gut sichtbar im Stadtbild durch den „Dick-Schornstein“, informiert den Vater eines Lehrlings,

dass dieser vom „26. August bis Montag den 6. Sept.“ wegen eines Streiks nicht bei seiner Arbeit erschienen war. Es sei „sicher von grossem Nachteil für den Lehrling [...], wenn mit Gewalt seine Ausbildung unterbrochen und er zum Nichtstun auf die Strasse getrieben wird“. Mit dem Hinweis auf §14 des Lehrver-



Nach einem Höhepunkt der Auseinandersetzung Anfang der 20er Jahre gingen die Mitgliederzahlen nach 1922 wieder zurück, so dass auch die Verwaltungsstelle Nürtingen ihre Eigenständigkeit einbüßte und 1925 an die in Esslingen angegliedert wurde. 1929 begann die große Wirtschaftskrise. 1932 fanden noch Kundgebungen im Landkreis Esslingen gegen den Faschismus statt, aber auch regional war die Arbeiterbewegung nicht bereit, ihr Schisma zu überwinden. Die Maifeier des ADGB in Esslingen fand 1932 noch auf der Burg statt, unter dem Motto: „Die Arbeiter aller Länder gegen Faschismus und Krieg“

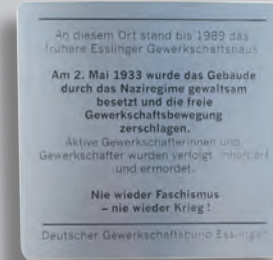
Im März 1933 wurde das Erscheinen der Metallarbeiterzeitung verboten, bald darauf erschien sie wieder als gleichgeschaltetes Blatt der Nationalsozialisten. Der 1. Mai 1933 fand in Esslingen noch unter Führung des ADGB statt, allerdings bereits mit den Inhalten der NSDAP. Nach einem evangelischen und katholischen Gottesdienst wurde

trags macht der Vertreter der Firma den Vater darauf aufmerksam, dass „solche Verfehlungen für die Folge nicht mehr zugelassen werden können.“ Der Streik fand vermutlich im Rahmen von breiteren Arbeitskämpfen gegen die Inflation 1919/1920 statt, in deren Rahmen die Unternehmer in der Region auch gegen die Errungenschaften der Novemberrevolution vorgingen. Der Brief erinnert an die schlichte Wahrheit, dass die Arbeits- und damit Lebensbedingungen in der Region von Arbeiterinnen erkämpft wurden. Im Streit und Streik mit den Arbeitgebern wurde für ein besseres Leben gekämpft.

Das Esslinger Gewerkschaftshaus in der Kanalstraße 1905



sich um 10 Uhr auf dem Esslinger Marktplatz getroffen mit anschließender „Pflanzung der Hit- auf der Fand im Jahr mit den sängern Arbeit- statt, Mitver- im Jahr danach etwas anders aus. In einem „Vaterländischen Ausschuss“ organisiert versammelten sich auch der Württ. Frontkämpferbund, der Krieger- und Militärverein, die Regimentsvereinigung Württ. Offiziersbund, die Schützengesellschaft Esslingen und andere mehr an diesem 1. Mai. In diesem Sinne leistete die Umarmung einen Tag vor dem Sturm auf die Gewerkschaftshäuser bereits, was die Gewalt einen Tag später vollendete: das Ende der freien Gewerkschaften in Esslingen war besiegelt.



Einige Daten zum ehemaligen Gewerkschaftshaus Esslingen

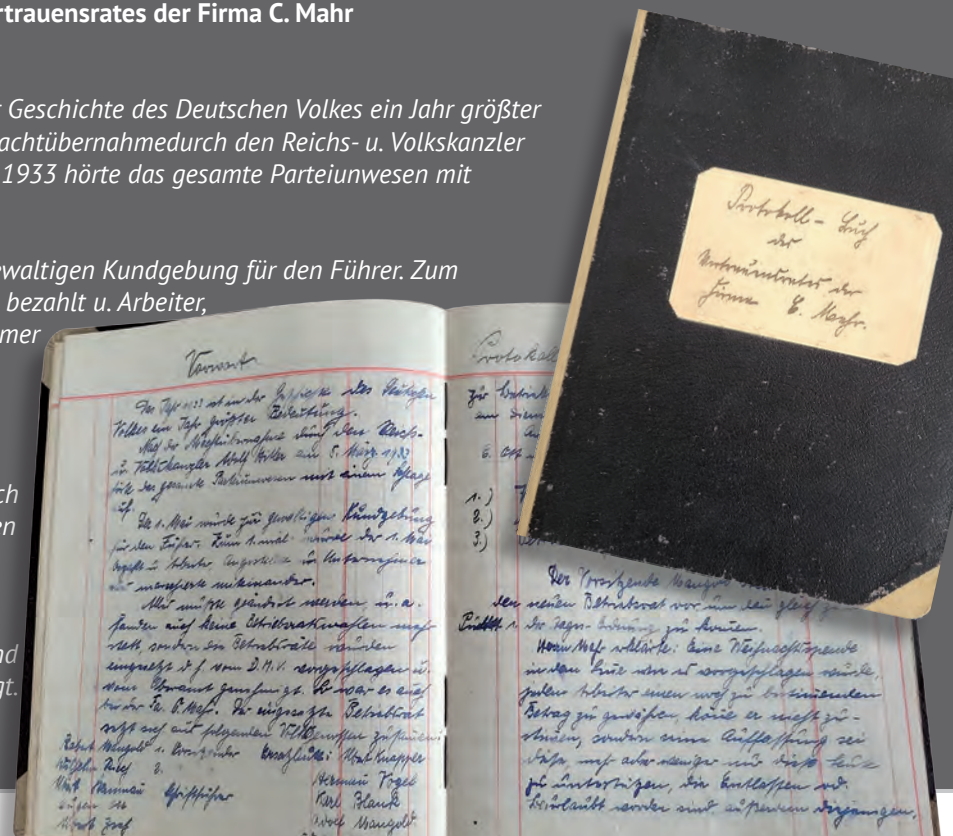
- 1905 Erbaut als Wohn- und Geschäftshaus
- 1920 Im Besitz des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV)
- 1931 Erster Überfall auf das Gewerkschaftshaus durch die SA
- 6./7.11.1932 ... Sturm auf das Gewerkschaftshaus
- 7./8.2.1933 Schießerei in der Kies- bzw. Kanalstraße rund um das Gewerkschaftshaus
- 2.5.1933 Erneute Besetzung des Gewerkschaftshauses und Zerschlagung der Gewerkschaften
- 1978 Umzug der Gewerkschaften in die Julius-Motteler-Straße 12
- 1989 Abriss des ehemaligen Gewerkschaftshauses

Protokoll-Buch des Vertrauensrates der Firma C. Mahr

Vorwort
Das Jahr 1933 ist in der Geschichte des Deutschen Volkes ein Jahr größter Bedeutung. Nach der Machtübernahme durch den Reichs- u. Volkskanzler Adolf Hitler am 5. März 1933 hörte das gesamte Parteiwesen mit einem Schlage auf.

Der 1. Mai wurde zur gewaltigen Kundgebung für den Führer. Zum 1. mal wurde der 1. Mai bezahlt u. Arbeiter, Angestellte u. Unternehmer alles marschierte miteinander.

Alles mußte geändert werden, u. a. fanden auch keine Betriebsratswahlen mehr statt, sondern die Betriebsräte wurden eingesetzt d. h. vom D.M.V. vorgeschlagen und vom Oberamt genehmigt. So war es auch bei der Fa. C. Mahr.



GEISLINGEN

Die eigentümliche Mischung aus Umarmung und Gewalt war auch in Geislingen das Mittel der Wahl der Nationalsozialisten. Am 9. März war in der Geislinger Zeitung von einer Aktion zu lesen, bei der in Esslingen unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und ohne Störung, die Hakenkreuz- und die schwarz-weiß-rote Fahne gehisst wurden. Das sich die Volksgemeinschaft allerdings noch nicht derart geschlossen präsentierte wie es die NS-Propaganda hier darstellte, ist dem Artikel selbst zu entnehmen, wenn dort ebenfalls steht: „Am Nachmittag fand eine längere Durchsuchung des ‚Metallarbeiterheims‘ nach Waffen durch Polizei und nationalsozialistische Organisationen statt.“ So war

auch hier die Umarmung nicht ohne Gewalt zu haben und die Nazis vermuteten allemal militante Organisationen antifaschistischer Natur im gewerkschaftlichen Umfeld. Am 29. März war dann von 22. Verhaftungen „von Leuten verschiedener politischer Richtungen“ in Geislingen zu lesen und der Besetzung des Metallarbeiterheims durch die Nazis. Einzig der Gewerkschaftssekretär Reichle konnte der Verhaftungswelle entkommen, weil er „wenige Stunden vorher mit der Bahn hier abgefahren“ war. Er hatte wohl rechtzeitig von der Aktion erfahren und konnte mit Bahn, Schiff und zu Fuß nach Österreich und von dort in die Schweiz flüchten. Soweit also ein Ausschnitt zur Gewalt, die dafür sorgte, dass der DMV schon vor dem 1. Mai 1933 ohne Führung war: Reichle auf der Flucht, Baumeister verhaftet.



Die Perle der Industrialisierung in Geislingen/Steige: Die Württembergische Metallwarenfabrik WMF AG, ca. 1910

Die Umarmung blieb deswegen nicht aus. Wie es der Bundesbeschluss des ADGB vorsah, wurde auch der 1. Mai in Geislingen zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt. Vorort hieß es im Aufruf entsprechend: „Gefeiert wird auf deutsche Art, nicht marxistisch-international und zum Klassenhaß aufhetzend, nein, im Geiste des nationalen Sozialismus wird der Tag der nationalen Arbeit begangen werden“. Das vorläufige Programm des 1. Mai 1933 war am 27. April in der Geislinger Zeitung zu lesen. Unter anderem mit Musik von der NSDAP-Kapelle und am Abend mit der obligatorischen Übertragung der Hitlerrede. Am 3. Mai war schließlich der Bericht über den erfolgreichen 1. Mai der deutschen Arbeiterschaft zu lesen. Neben dem Horst-Wessel-Lied und Hakenkreuzbeflaggung, SA-Anwesenheit wurde selbst das Mittagessen in eine faschistische Tradition gesetzt, indem es erlaubt wurde durch eine „Hitler-Spende“. Die Gewerkschaft tauchte hier an 1. Mai schon nur noch in einer Aufzählung verschiedenster Organisationen auf.

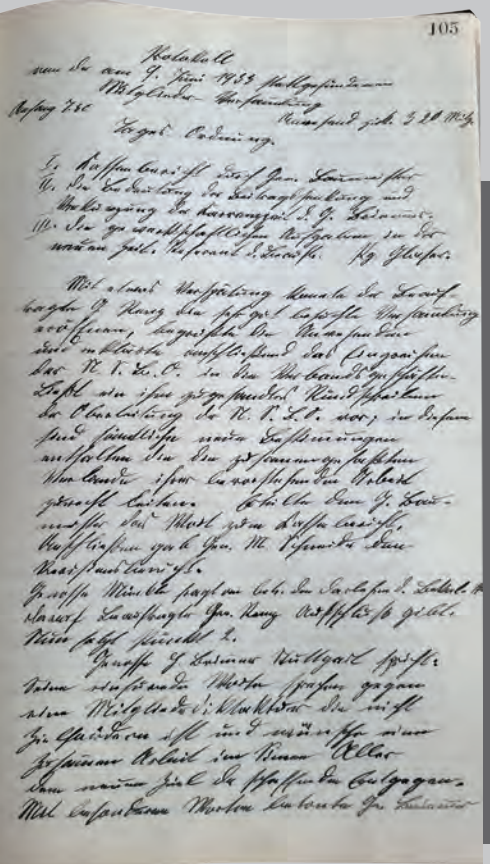
und berichtete über die „unglaubliche Mißwirtschaft und Lumpereien“ der Gewerkschaften, welche die Gleichschaltung unumgänglich gemacht hätte.

Den Erfolg solcher Propaganda müsste im Einzelnen erforscht werden und übersteigt bei

Gefeiert wird auf deutsche Art, nicht marxistisch-international und zum Klassenhaß aufhetzend, nein, im Geiste des nationalen Sozialismus wird der Tag der nationalen Arbeit begangen werden.
Geislinger Zeitung, 27. April 1933

weitem die Möglichkeiten einer kleinen Broschüre. Ein Hinweis kann allerdings dieselbe Zeitung mit einem kleinen Artikel vom 26. Mai 1933 geben. Dort ist eine Warnung des Kreisleiters der NSBO (Renz) an alle Mitglieder des ADGB abgedruckt worden: „Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß von den an den ADGB angeschlossenen Verbänden Versammlungen stattgefunden haben, ohne die örtliche Leitung der NSBO davon zu verständigen.“ Was Inhalt dieser (subversiven?) Treffen war, ist kaum zu rekonstruieren. Dem Artikel ist allerdings zu entnehmen, dass die Nazis selbst die Angst hatten, dass Umarmung und Gewalt zusammen nicht ausreichen würden, um alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Geislingen auf völkische Linie zu bekommen.

Kein Wunder, war doch bereits einen Tag zuvor von der Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften zu lesen: „Heute vormittag ist von den beiden Sonderkommissaren die Verwaltung der Freien Gewerkschaft hier gleichgeschaltet worden. Als kommissarischer Geschäftsführer wurde Flaschner Renz, der Kreisleiter für NSBO-Angelegenheiten bestimmt.“ Am 9. Mai legte die Geislinger Zeitung nach



Protokoll
von der am 9. Juni 1933 stattgefundenen Mitglieder-Versammlung
Anfang 7.30, Anwesend zirk. 320 Mitg.
[...]
Mit etwas Verspätung konnte der Beauftragte G. Renz die sehr gut besuchte Versammlung eröffnen, begrüßte die Anwesenden und erklärte anschließend das Eingreifen der N. S. B. O. in die Verbandsgeschäfte.
Liest ein ihm zugesandtes Rundschreiben der Oberleitung dr N. S. B. O. vor; in diesem sind sämtliche neue Bestimmungen enthalten die die zusammengefaßten Verbände ihrer bevorstehenden Arbeit zurecht leiten.
[...]
Nun folgt Punkt 2.
Genosse G. Brunner Stuttgart spricht. Seine einführenden Worte sprechen gegen eine Mitglieder diktatur die nicht zielführend ist und wünsche eine Zusammen Arbeit im Sinne Aller dem neuen Ziel der Schaffenden entgegen.

INBEGRIFF DES TERRORS IN WÜRTTEMBERG: DAS HOTEL SILBER



Landes Württemberg vor der Machtübergabe, in einer inszenierten Schau-Verhaftung im offenen Wagen vor das Hotel Silber fahren, um ihn dort zu verhören.

Das Hotel Silber hatte viele Gesichter des Terrors: Von hier aus wurde die Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Württemberg und Hohenzollern organisiert. Hier wurden Kriegsgefangene inhaftiert und misshandelt und die deutsche Kriegsgesellschaft durch Überwachung auf Linie gehalten.

In Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei betrieb die Gestapo die Verfolgung der Sinti und Roma und der Homosexuellen. Für viele Menschen, die oft willkürlich einer der „Volksgemeinschaft“ missliebigen Gruppe zugeordnet wurden, war es die erste Station eines Leidenswegs, der in weitere Zuchthäuser und Konzentrationslager führte oder mit dem Tod endete. Noch am 13. April 1945, wenige Tage vor der Übergabe der Stadt an die Alliierten,

wurden hier vier Gefangene von der Gestapo ermordet. Im Keller befanden sich bis zum Herbst 1944 drei „Verwurzellen“, von denen

Vom ehemaligen vornehmen Hotel ist nur der Name geblieben. Seit 1928 befand sich dort das Polizeipräsidium samt seiner politischen Abteilung. Ab 1933 standen die Beamten der württembergischen politischen Polizei im Dienst der Nationalsozialisten. Zwischen 1933 und 1945 war hier der Sitz der Gestapozentrale für Württemberg und Hohenzollern. Viele „Staatsfeinde“ wurden von hier aus verfolgt, hier inhaftiert, verhört und gefoltert, darunter prominente Mitglieder der politischen Opposition, wie der Landtags- und Reichstagsabgeordnete und spätere Vorsitzende der SPD Kurt Schumacher oder der junge KPD-Abgeordnete Alfred Haag.

Die Stuttgarter Widerstandskämpferin Lilo Herrmann wurde im Hotel Silber eingesperrt und misshandelt und vom NS-Regime 1938 als erste Frau in Berlin-Plötzensee geköpft. Auch viele Gewerkschaftsfunktionäre wurden zuerst einmal dorthin und dann in so genannte „Schutzhaftlager“ verschleppt.

Im Juni 1933 ließen die Nazis Eugen Bolz, den letzten gewählten Staatspräsidenten des



nur noch eine Zellentür vorhanden ist. Die Hälfte des Gebäudes überdauerte den Krieg unbeschädigt und wurde nach 1945 bis 1984 wieder durch die Polizei genutzt.

Im Jahr 2008 wurden Pläne bekannt, das Hotel Silber für ein kommerzielles Bauprojekt abzureißen. 24 Organisationen und viele Einzelpersonen schlossen sich zusammen, um dies zu verhindern. Sie hatten seit Jahren den Kontakt zu überlebenden NS-Opfern aufrechterhalten, die Biographien von Opfern und Tätern des NS-Regimes erforscht, Stolpersteine verlegt und Veröffentlichungen zur regionalen NS-Geschichte herausgegeben. Die Initiative forderte die Erhaltung des Gebäudes als Lern- und Gedenkort, als „steinernen Zeugen“ der NS-Zeit im Stadtbild.

Dank des hartnäckigen Engagements dieser Initiative wurde der Ort wieder aus der Vergessenheit ins öffentliche Bewusstsein gehoben. Es konnte erreicht werden, dass die neue Landesregierung aus SPD und Grünen nach der Landtagswahl 2011 den Erhalt des Gebäudes zusagte. 2013 haben Stadt und Land sich zur Finanzierung eines Lern- und Gedenkortes auf einem Viertel der Gebäudefläche verpflichtet.

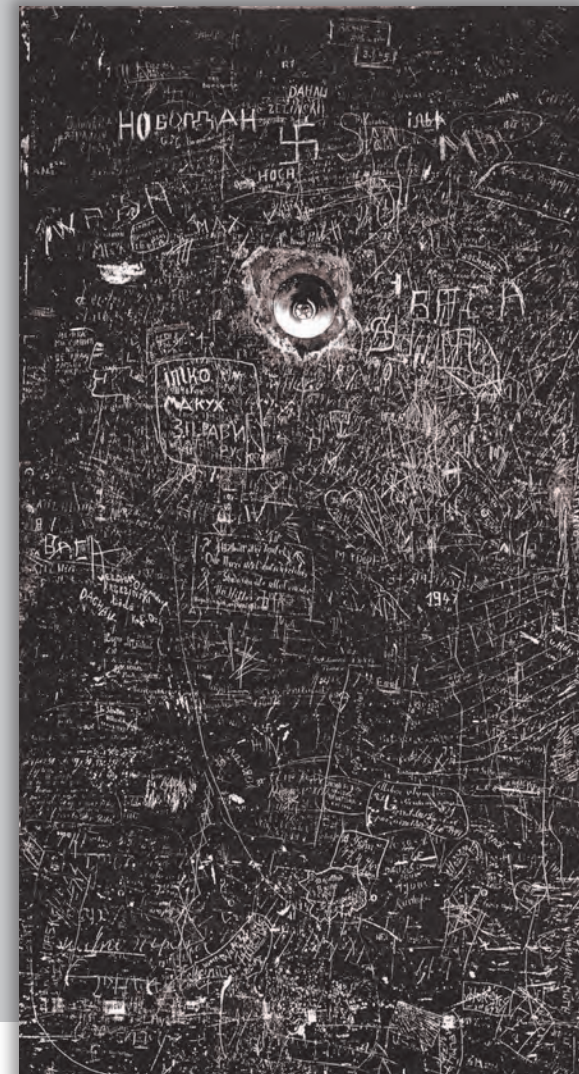
Das Hotel Silber ist heute ein Ort der politisch-histori-

schen Bildung. Die Dauerausstellung ermöglicht die gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte Stuttgarts und Württembergs anhand der Entwicklung der (politischen) Polizei in drei Systemen.



In Kooperation mit dem Träger Haus der Geschichte Baden-Württemberg gestaltet die Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e. V. im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsvertrags das Programm mit. Gesellschaftliche Entwicklungen werden mit dem Wissen um die Geschichte kritisch begleitet und diskutiert. Das Hotel Silber ist nun ein lebendiger Ort der Kooperation und Kommunikation, der Begegnung und des Austauschs zwischen Jung und Alt, zwischen den Nachfahren von Opfern und Tätern und zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Zellentür aus dem Hotel Silber mit Inschriften in verschiedenen Sprachen von Gefangenen



DER UNTERGANG DER GEWERKSCHAFTEN

Der 30. Januar 1933, die Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler, löste nicht die von manchen Gewerkschaftern erhoffte Entrüstung und den politischen Widerstand aus. Stattdessen kam es lediglich in Mössingen auf der Schwäbischen Alb zum Generalstreik – zu wenig für politischen Gegenkampf.

Zum einen wurde die Entschlossenheit der NSDAP unterschätzt, alle, die sie zu ihren Gegnern erklärte, zu vernichten. Zum anderen hoffte vor allem die Führung des ADGB auf irgend eine Koexistenz mit den kommenden Machthabern, um das Überleben zu sichern.

Auch konnten sich SPD, KPD und ADGB nicht im Geringsten auf eine gemeinsame Linie im Kampf gegen die bereits reale Gefahr verständigen. Gegenseitig blockierte man sich, warf sich politisches Versagen vor bis es zu spät war.

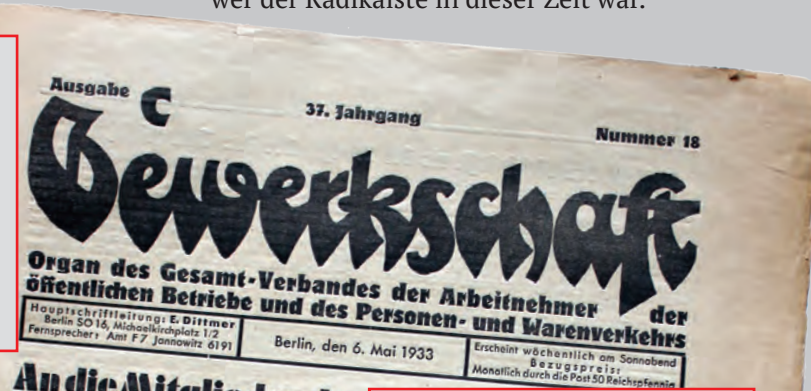
Die Zeit zwischen Januar und Mai 1933 war maßgeblich geprägt von fortlaufenden Provo-

Jürgen Kuczynski:
„So wurden innerhalb von etwa hundert Tagen all die bürgerlich-demokratischen Grundrechte und Freiheiten, die die deutschen Arbeiter sich in hundert Jahren schwerster Kämpfe erobert hatten, geraubt und zerstört. Zu dieser Form der Gewaltanwendung kam, und das gilt für die ganze Zeit des Faschismus, der schlimmste individuelle Terror.“

kationen, Überfällen, Verhaftungen und Aggressionen gegenüber der Bevölkerung durch die NSDAP und ihre Schergen. In unglaublich offener Brutalität fand offensichtlich ein NSDAP-innerparteilicher Wettbewerb statt, wer der Radikalste in dieser Zeit war.

Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30.1.1933

„Die KPD appelliert an die Millionenmassen: Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Klassengenossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln die Massendemonstration, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!“



Aus dem Aufruf des ADGB vom 30.1.1933

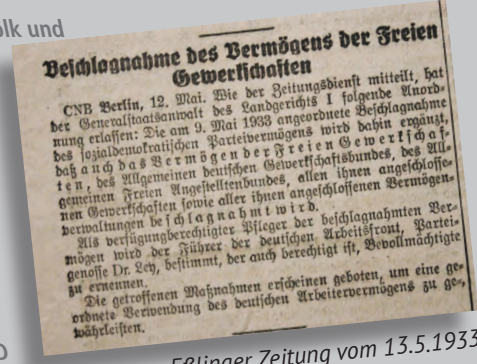
„Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!“

Aus dem Aufruf der SPD vom 31.1.1933

„Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung... Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen...“

Willen Adolf Hitlers werden die deutschen Gewerkschaften als Bausteine im Fundament des Dritten Reiches bilden. Die Wand des Mißtrauens, die zwischen den marxistisch-kommunistischen Bewegungen...

- 30.1.1933 Ernennung von Hitler zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg
- 15.2.1933 Kabelattentat gegen die Hitlerrede in Stuttgart
- 27.2.1933 Reichstagsbrand, Beginn des offenen Terrors
- 28.2.1933 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (Einschränkung aller bürgerlichen Freiheiten)
- 5.3.1933 Wahlen zum Reichstag
- 5.3.1933 Nach den Reichstagswahlen wilde Besetzung des Stuttgarter Gewerkschaftshauses „Gasthaus zum Bären“ durch die NSBO
- 9.3.1933 Unter Bruch der Verfassung werden die 81 kommunistischen Reichstagsmandate für ungültig erklärt.
- 10./11.3.1933 Nächtliche Verhaftungsaktion in Württemberg; allein in Stuttgart von 200 Mitgliedern der KPD
- 13.3.1933 Erster Überfall auf mindestens 20 Gewerkschaftshäuser
- 13.3.1933 Beschlagnahmung der Waldheime und Vermögen in Stuttgart
- 15.3.1933 Bis zu diesem Datum Deportation von bereits 1.700 Funktionäre der KPD und SPD ins KZ Heuberg
- 23.3.1933 Ermächtigungsgesetz (Reichsregierung kann ohne Parlament von der Verfassung abweichende Gesetze erlassen)
- 24./25.3.1933 Nächtliche Verhaftungsaktion im Großraum Stuttgart, Verschleppung von 270 Kommunisten in das KZ Heuberg
- 31.3.1933 Erstes Gesetz „zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“: Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane werden aufgelöst und entsprechend dem Reichstagswahlergebnis neu zusammengesetzt.
- März 1933 Betriebsrätewahlen, ausgezählt waren 9.235 Mandate in 1.387 Betrieben, Abbruch durch das NS-Regime am 4.4.1933
- 1.4.1933 10:00 Uhr Zentraler Boykottaufruf gegen jüdische Geschäfte
- 4.1933 Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (Beamte können mit „nichtarischer Abstammung“ oder wegen politischer Betätigung entlassen werden)
- 4.1933 Gesetz über die Einführung eines Feiertags der nationalen Arbeit (1. Mai)
- 5.1933 Besetzung aller Gewerkschaftshäuser und Inhaftierung vieler Funktionäre
- 26.5.1933 Verstaatlichung des Eigentums der SPD
- 22.6.1933 Verbot der SPD



Bßlinger Zeitung vom 13.5.1933



Das Ergebnis nach 12 Jahren Nationalsozialistischer Herrschaft: Landesgewerbeamt und Gewerkschaftshaus in einer einzigen Trümmerwüste 1946

KZ HEUBERG – PROTOTYP DER GRAUSAMKEIT

Das KZ Heuberg in Stetten am kalten Markt auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb wurde am 21. März 1933 auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes für „Schutzhäftlinge“ aus Württemberg und Hohenzollern als das erste Konzentrationslager im Raum Württemberg/Baden aufgezogen. Die ersten Gefangenen wurden bereits in den Tagen davor dort eingeliefert. Das Lager unterstand seit dem 28. April 1933 der eigenständigen Abteilung der Württembergischen Politischen Polizei des württembergischen Innenministeriums. Im KZ Heuberg wurden zwischen März und November 1933 zeitweise mehr als 2.000 Menschen festgehalten und misshandelt, bis zu seiner Schließung etwa 3.500 Männer.

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser in Deutschland gestürmt. Das Ver-

mögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt und die wichtigsten Funktionäre verhaftet und in das KZ Heuberg verbracht. Dort saßen Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter gemeinsam im KZ.



Stuttgarter neues Tagblatt – Wochenausgabe vom 20.4.1933

Verordnung des Innenministeriums über die Schutzhaft
* Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat hat das Würtl. Innenministerium folgendes angeordnet:
1. Verfahren bei Verhängung der Schutzhaft. Wird eine Person zum Zweck der Schutzhaft festgenommen, so ist sie bis zur Bestätigung der Schutzhaft im nächsten Ortsgefängnis zu verwahren. Nach Bestätigung der Schutzhaft durch das Polizeipräsidium – Landesstriminalpolizeiamt – ist der Sektierer in das nächste Oberamt (Polizeiamt) – Gefängnis anzuliefern. Bei Sektierung der Beamten ist sofort der vorgesetzten Behörde des Betroffenen wegen Verfügung über seine Stellvertretung Mitteilung zu machen. Nach Bestätigung der Schutzhaft vertritt das Oberamt (Polizeiamt) den Schutzhäftling im Sammeltransport in das Schutzhaftlager Heuberg. Wegen der Verfassung der Schutzhaft steht dem Oberamt (Polizeiamt) sowie den genannten Sonderkommissaren bei den Oberämtern je ein selbständiges Beschwerderecht an das Innenministerium zu.
2. Verfahren während der Schutzhaft. Dem Schutzhaftlager Heuberg wird sofort eine Dienst- und Vollzugsordnung zugehen. Ueber Beschwerden entscheidet das Polizeipräsidium – Landesstriminalpolizeiamt –.
3. Entlassungsverfahren. Schutzhäftlinge können von Amts wegen oder nach Erledigung eines besonderen Verfahrens bedingt oder bedinglos entlassen werden. Ueber die Entlassung entscheidet das Innenministerium. Der Schutzhäftling, Angehörige oder Dritte können ein begründetes Gesuch bei derjenigen Behörde einreichen, auf deren Veranlassung die Schutzhaft verhängt worden ist. Erscheint ein Gesuch offensichtlich unbegründet oder lehnen das Oberamt und die Sonderkommissare einstimmig das Gesuch ab, so hat das zuständige Oberamt (Polizeiamt) Gesuchsteller und Häftling abschlägig zu becheiden. Eine Beschwerde findet nicht statt. In den andern Fällen berichtet das Oberamt an das Schutzhaftlager Heuberg. Dieses legt mit einer eingehenden Stellungnahme in dem Gesuch die Akten dem Polizeipräsidium vor. Nach Vervollständigung der Akten legt es alle Akten mit einer eigenen Empfehlung zur Entscheidung dem Innenministerium vor.
4. Verfahren nach der Entlassung. Der entlassene Häftling hat sich mit seinem Ausweis sofort bei dem zuständigen Oberamt (Polizeiamt) zu melden.
5. Die Kosten, die durch das Schutzhaftverfahren entstehen,

Eßlinger Zeitung vom 24.4.1933

Entlassungen aus der Schutzhaft
* Vom Landesstriminalpolizeiamt wird mitgeteilt: Von den in Württemberg in Schutzhaft genommenen rund 3000 Personen sind über 1000 nach kurzfristiger Inhaftierung jeweils wieder zur Entlassung gekommen. Von den über 2000 Häftlingen, die auf das Schutzhaftlager Heuberg verbracht worden waren, sind auf Ostern rund 400 nach Prüfung ihrer Verhältnisse entlassen worden. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe der nächsten Wochen weitere Entlassungen erfolgen, soweit es sich um leichtere Fälle handelt und soweit genügend Sicherheit besteht, daß die Freiheit nicht zur Wiederaufnahme oder Fortsetzung staatsfeindlicher Bestrebungen benutzt wird. Die Nachprüfung der zur Entlassung vorgesehenen Fälle wird nach Möglichkeit beschleunigt. In den letzten Tagen haben beim Landesstriminalpolizeiamt Besuche in Schutzhaftengelagerten einen Umfang angenommen, durch den die beabsichtigte rasche Abwicklung zum Nachteil der Betroffenen in unerwünschter Weise aufgehalten wird. Der Sachbearbeiter beim Landesstriminalpolizeiamt wird daher Besucher in Angelegenheiten von Schutzhäftlingen bis zum 1. Mai nicht mehr empfangen. In dringenden Fällen ist vorher ein schriftliches Gesuch einzureichen.

Eßlinger Zeitung vom 21.4.1933

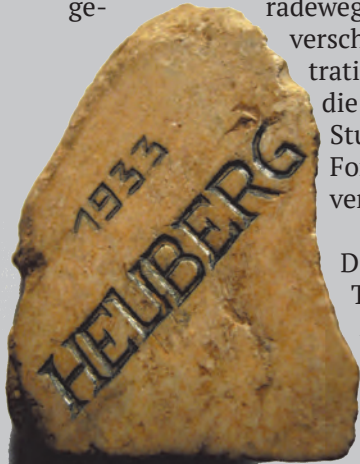


Für den Lebensweg von Eugen Munder gab es keine Alternative: Aufgewachsen als uneheliches Kind im Esslinger Arbeiterstadtteil Pliensauvorstadt, den er zeitlebens auch nicht verließ, war die Welt proletarisch. Er wurde 1919 Mitglied der KPD und war von 1927 an Vorsitzender des Arbeiterturnvereins Esslingen (ATV). Am 20. Juni 1933 hatte Esslingen seinen eigenen „Reichstagsbrand“:

Der Brand des Waldheims Eßlingen, 22. Juni.
* Ueber die Täterschaft läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Brandstiftung durch Kommunisten ist mit Bestimmtheit nach dem Aufflammen des Gebäudes wurden zwei kräftige Detonationen wahrgenommen. Das alles kommunistisch organisiert der Zufuhrer seien. Die Rufen wurden sofort festgenommen. hielten Kommunisten, darunter auch der ehem. Verwalter des Waldheims, der frühere kommunistische Stadtrat F r i e s c h, wurde von der Polizeidirektion verhaftet, daß auf die Dauer von drei Wochen keine Eßlinger Kommunisten mehr vom Konzentrationslager Heuberg entlassen werden. Sämtliche Eßlinger
Kommunisten, die sich zur Zeit auf dem Heuberg befinden, sind in Stufe III, also der schwersten Form der Schutzhaft, eingereiht worden. — Das Waldheim sollte in den nächsten Tagen von einer Kolonie Stuttgarter Ferienkinder be-
* Wie wir hören, wurde in der Nacht vom 20. zum 21., in der das Waldheim in Brand gesteckt wurde, von unbekanntem Täter versucht, in das ehemalige Heim des Arbeiter-Schwimmerbundes einzudringen. Der dort stehende Stahlhelmposten vertrieb jedoch den Eindringling. Leider gelang es nicht ihn festzunehmen. Doch liegt die Vermutung nahe, daß ein Zusammenhang besteht zwischen dem Waldheimbrand und diesem Versuch, an das Schwimmerbundesheim heranzukommen.

Eßlinger Zeitung vom 22.6.1933

Das bereits enteignete Quartier des ATV, das Waldheim auf dem Zollberg, ging in Flammen auf. Die Täterschaft durch die SA ist naheliegend, konnte aber nie abschließend geklärt werden. Unter den Mitgliedern verbreitete sich blitzschnell die Nachricht. Alles was laufen konnte, machte sich den Berg hinauf auf den Weg... und rannte direkt der SA in die Arme, welche die Arbeiterturner vom Platz weg und ohne Kontrolle, verhafteten. Eugen Munder wurde mit den anderen Turngenossen in einem Esslinger SA-Lokal misshandelt und zusammengeschlagen und von dort geradewegs in das KZ Heuberg verschleppt. Im Konzentrationslager wurde über die Esslinger Turner die Stufe 3, die schwerste Form der Inhaftierung verhängt.



Das KZ war Teil des Truppenübungsplatzes bei Stetten am Kalten Markt auf der Hochfläche der ohnehin nicht sehr

üppigen Schwäbischen Alb. Dürres Gestrüpp, Disteln und Kalkstein kennzeichnen die Gegend. Im abgebildeten Stein ritzte Eugen Munder Ort und Jahr ein. Das KZ Heuberg wurde bereits Ende des Jahres 1933 wieder aufgelöst, weil die Reichswehr das gesamte Gelände als Truppenübungsplatz beanspruchte. Die Inhaftierten wurden teilweise auf die anderen nun entstandenen Konzen-



Arbeitersportler des ATV Esslingen



trationslager verteilt, wie z. B. das KZ Oberer Kuhberg in Ulm und das KZ Dachau. Das KZ Heuberg war trotz seiner kurzen Existenz der Prototyp für das verbrecherische Massenlagersystem der Nazis.

DIE SPRACHE DES TERRORS

Niemand soll behaupten, dass man das ‚nicht wissen konnte‘. Die Nationalsozialisten wären vermutlich beleidigt über diese Interpretation. Schließlich legten sie größten Wert darauf, an ihrem Vernichtungswillen nicht den geringsten Zweifel zu lassen.

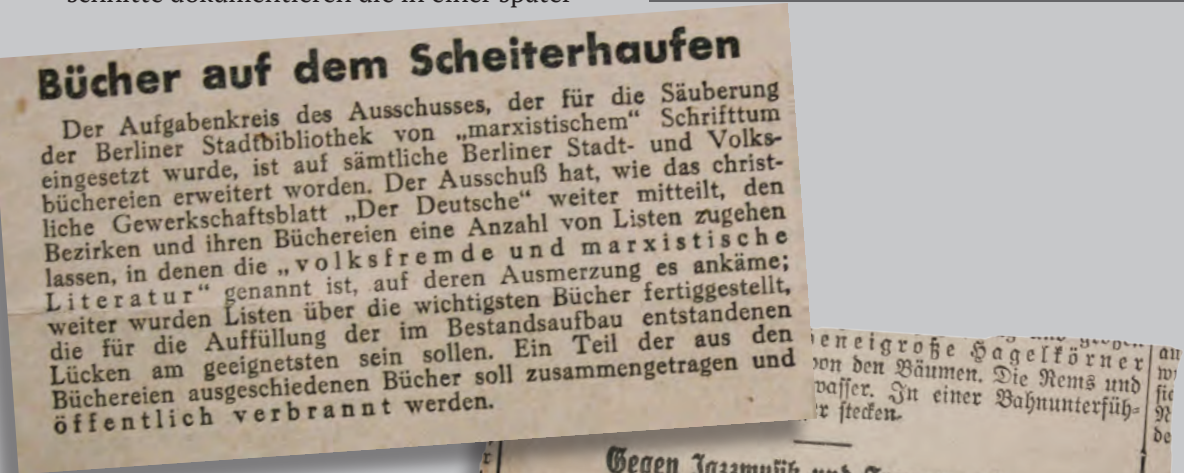
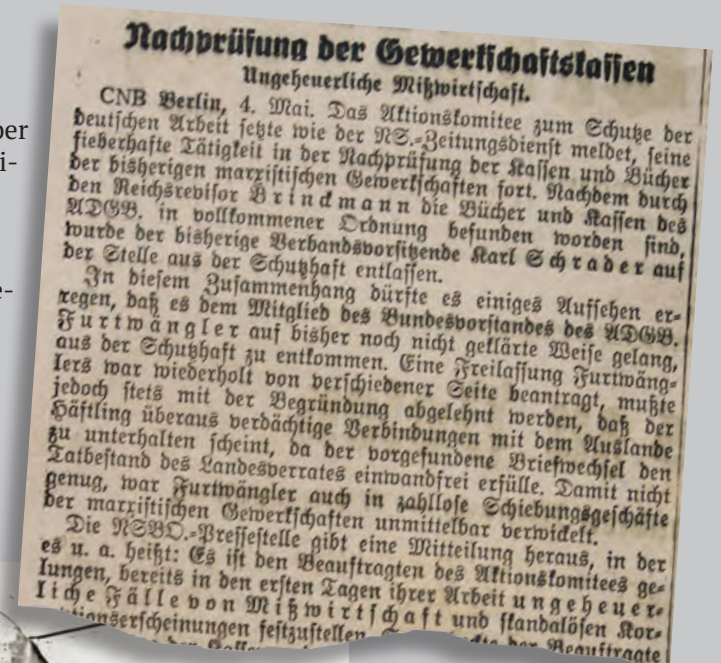
Infolge dessen ist die Sprache von einer unglaublichen Brutalität gekennzeichnet.

Aber der Prozess bis zur völligen Gleichschaltung (und vielleicht auch Selbstaufgabe) ging nicht sofort über die Bühne. Zeitungsausschnitte dokumentieren die in einer später

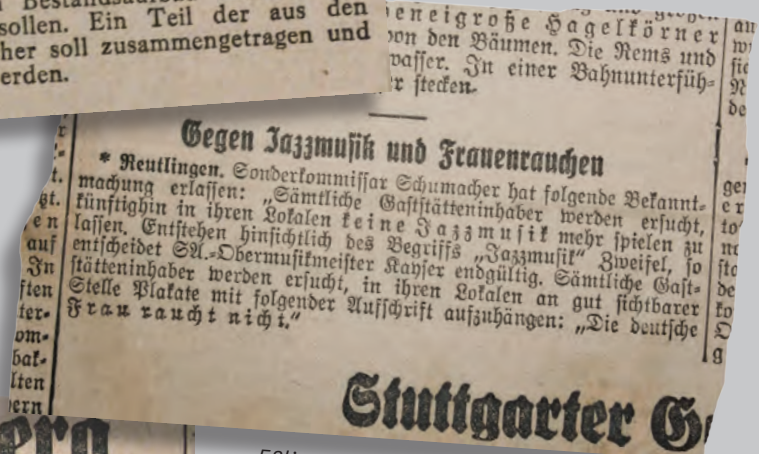
Gauleiter Wilhelm Murr nach seiner Wahl zum Staatspräsident am Abend des 15.3.1933 im Hof des Neuen Schloss während einer Feiernacht:
„Wir bieten jedem die Hand, der zu uns kommt und mithelfen will, wir werden aber mit aller Brutalität jeden niederschlagen, der sich uns entgegenstellt. Wir sagen nicht: Auge um Auge, Zahn um Zahn, nein, wer uns ein Auge ausschlägt, dem werden wir den Kopf abschlagen, und wer uns einen Zahn ausschlägt, dem werden wir den Kiefer einschlagen.“

nicht mehr vorhandenen Offenheit über Verhaftungen, Gesetzesbrüche und Widerstand.

Akteure überschlugen sich, wer denn wohl die radikalste Forderung und Metapher für ihren Triumph aussprach. Die verbale Brutalität paarte sich hervorragend mit einer nie gekannten Verrohung und der Chance für Sadisten, ihrem Verhalten freien Lauf zu lassen.



Metallarbeiterzeitung vom 6.5.1933



Eßlinger Zeitung vom 4.5.1933



Eßlinger Zeitung vom 6.5.1933



Eßlinger Zeitung vom 4.5.1933

Richard Drauz, NSDAP-Kreisleiter von Heilbronn:
„Unsere führenden Männer sind rücksichtslos genug, alles, was sich ihnen in den Weg stellt, mit Vernichtung zu schlagen.“

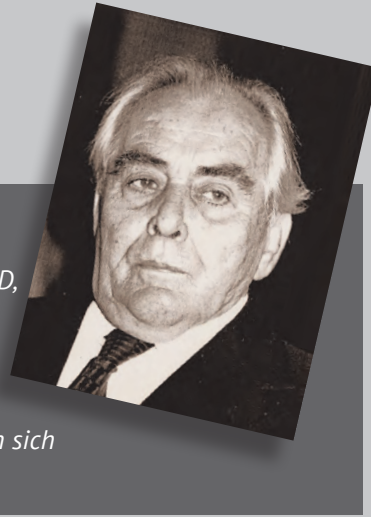
Das Werk von Nazideutschland: Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus, am Tage der Eröffnung 1933 vom NS-Regime besetzt und 12 Jahre später in Schutt und Asche gelegt

WILLI BLEICHER: WIDERSTANDSKÄMPFER VON ANFANG AN

Willi Bleicher wurde am 27. Oktober 1907 in Stuttgart-Bad Cannstatt geboren und war schon früh aktiv bei der Arbeiterbewegung mit dabei. Er trat in den 1920er Jahren dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) und auch der KPD bei. Nach seinem Ausschluss

Willi Bleicher:

„Kein Aufbäumen der politischen Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit. Die KPD wurde verboten, ihr folgte alsbald die SPD, und den Gewerkschaften nützte auch ihre Kapitulation nichts – am 2. Mai 1933 wurden sie verboten. Zehntausende der in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Engagierten wurden verhaftet, in Zuchthäuser, Gefängnisse, Konzentrationslager geworfen, und weitere Tausende entzogen sich ihrer Verhaftung durch die Emigration.“



1929 wurde er Mitglied der KPO (Kommunistischen Partei-Opposition). Nach der Machtübernahme durch die NSDAP emigrierte er zunächst in die Schweiz, kehrte aber später zurück.

1936 verrät ihn ein Spitzel. Er wird von der Gestapo verhaftet wegen Beteiligung an illegaler kommunistischer Widerstandstätigkeit und wegen Gefährdung der Staatssicherheit und Vorbereitung zum Hochverrat zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach dem Ende der Haftstrafe erfolgt statt der

Freilassung die Überstellung ins KZ Buchenwald, wo er bis zur Befreiung 1945 ums Überleben kämpft.

Der Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz aus dem Jahre 1958 beschreibt die Rettung eines kleinen polnischen Kindes durch eine Gruppe von Häftlingen im KZ Buchenwald. Die Romanfigur des Kapos der Effektenkammer, Höfel, war Willi Bleicher nachempfunden. Er versteckte den Jungen und rettete ihm dadurch das Leben. Das „Kind von Buchenwald“, Stefan Jerzy

Der Kommunismus hat seinen Siegeszug in Württemberg angetreten

Unter den Fahnen der Antifaschistischen Aktion sammelten sich auch hier im Juni und Juli 1932 Arbeiter, schaffender Mittelstand und schaffende Bauern. In den Häusern und Betriebschutzstaffeln, in betrieblichen und örtlichen Aktionen zeigten die antifaschistischen Kräfte ihren Widerstands- und Kampfwillen gegen Faschismus, Hunger und Papen-Kurs. Der 31. Juli war ein Ausbruch für das Wachstum dieses Widerstands- und Kampfwillens. Die kommunistische Partei konnte in Württemberg ihre Stimmenzahl von 116 652 bei der Landtagswahl 1932 und von 131 744 bei der Reichstagswahl 1930 auf 155 883 steigern.

Fatale Fehleinschätzung des Jahrbuchs 1933 der kommunistischen Süddeutschen Arbeiterzeitung zu Beginn des Jahres



Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken

Das Lebensmotto Willi Bleichers

Zweig, und Bleicher sahen sich 1963 wieder.

Nach Kriegsende wurde Bleicher ab 1948 hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und stieg in den 1950er Jahren an die Spitze der IG Metall in Baden-Württemberg auf und übernahm 1959 die Leitung des IG Metall-Bezirks Stuttgart.

Willi Bleicher, der Widerstandskämpfer der ersten Stunde, wurde in der BRD der Gegenpart zu Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer, der in der NS-Zeit den Rang des SS-Offiziers trug. Als Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren“ war er ab 1943 für die Arisierung der tschechischen Wirtschaft und Beschaffung von Zwangsarbeitern für das Deutsche Reich mitverantwortlich.



Willi Bleicher, Ludwig Becker und Eugen Ochs: Sie kannten sich aus der Widerstandsarbeit der KPD-O und waren gemeinsam im KZ Buchenwald inhaftiert

Willi Bleicher:

„Wir, die KPO-Mitglieder, haben uns dann sofort auf ein Leben in der Illegalität eingestellt. Auch ich war einer von ihnen. Nachdem ich zwei Monate nach dem 30. Januar 1933 in Stuttgart illegal mich aufhielt und politisch gegen den Faschismus arbeitete, hektographierte Flugblätter gegen den Faschismus herstellte, einen Verteilerapparat aufbaute, Nacht für Nacht hier bei einem Arbeitersportler, dort bei einem Naturfreund oder Freidenker oder Gewerkschaftler übernachtend, legte man mir nahe, jetzt in die Emigration überzuwechseln.“

1981 starb Willi Bleicher; sein Grab befindet sich auf dem Stuttgarter Hauptfriedhof. Seit 1982 ist die Kanzleistraße am Stuttgarter Gewerkschaftshaus in Willi-Bleicher-Straße umbenannt.



KARL MOLT: ORGANISATOR DES WIDERSTANDSNETZES

Der frühere Stuttgarter Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Karl Molt, baute im Auftrag der Internationalen Transportarbeiterföderation illegale Gruppen des 1933 aufgelösten Verbandes auf. Molt flüchtete im Oktober 1933 in die Schweiz und lebte dort unter erbärmlichen Verhältnissen im Exil. Bis zum Oktober 1936 fand er vor allem unter dem Telegraphenpersonal in süddeutschen Städten entlang der Linie Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Tübingen bis hin-



dolin Endras aus Friedrichshafen wurde Ende November 1939 durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Fünf andere kamen mit Gefängnis und Zuchthaus davon.

Karl Molt war Sozialdemokrat und bis zur Machtübernahme der NSDAP Bezirkssekretär der Württembergischen Eisenbahnergewerkschaft. Unmittelbar nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 rief er zum bewaffneten Kampf gegen das Naziregime auf.

„Nach dem 2. Mai 1933, nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und dem Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung herrschten Sprachlosigkeit, Schweigen und stumme Bestürzung. In den Köpfen unserer Kollegen und Genossen ist eine Welt zusammengebrochen, [...] nur ein ganz kleiner Teil dieser großen deutschen Massenbewegung ist aufrecht stehengeblieben“
 Karl Molt an Hans Jahn, 19. 8.1937, AdSD, Bestand ITF

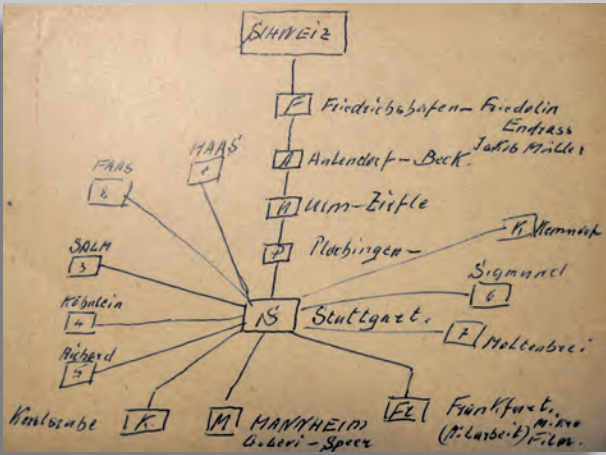


Kundgebung der Eisernen Front auf dem Stuttgarter Marktplatz 1932

Steckbrieflich gesucht tauchte er zunächst ein halbes Jahr unter, bevor er, durch Razzien verfolgt und über Rundfunkmeldungen gesucht, sich ins Schweizer Exil absetzen konnte. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs entzogen ihm die Nazis die deutsche Staatsangehörigkeit – mit der Folge, auch in der Schweiz untertauchen zu müssen. Aus der Abschiebehaft konnte er fliehen, eine Auslie-

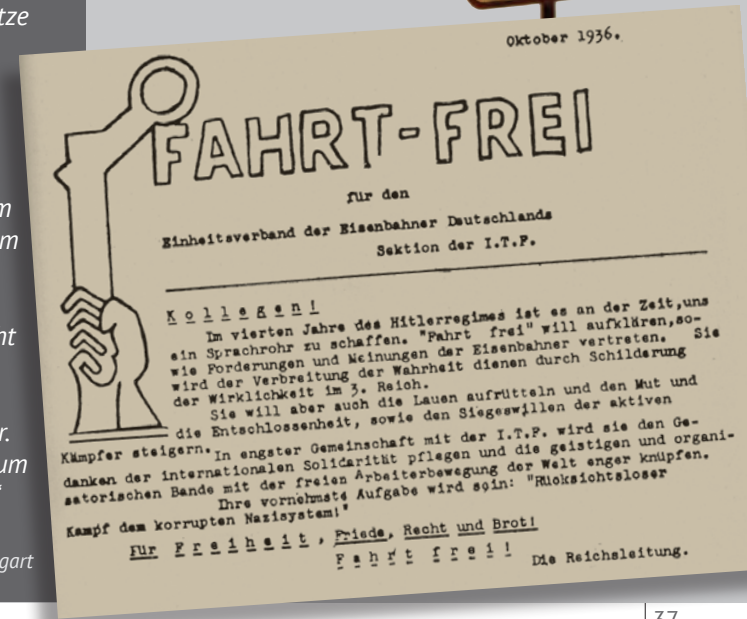
„Insbesondere durch meinen aktiven Einsatz als Reichsbannerführer und als Führer der Eisernen Front beim Versammlungs- und Personenschutz (Saalschlachten) habe ich mir schon in den Jahren vor der Machtübernahme durch das Naziregime den besonderen Hass der Nationalsozialisten zugezogen. Besonders als ich noch nach der Machtübernahme in der Nacht vom 7. auf 8. März 1933 als Gauführer des Reichsbanners zum Schutze unserer Gebäude und Einrichtungen, wie Tagwachthaus, Gewerkschaftshaus, Metallarbeiterheim usw. das gesamte Reichsbanner und die Eiserne Front alarmierte zur Verteidigung der Demokratie und ihrer Einrichtungen zum Kampf aufrief, war ich der in Stuttgart am meisten gehasste Mann.“
 Dass es in dieser Nacht in Stuttgart nicht zum Kampf kam ist nur dem Umstand zuzuschreiben, dass ich mich schweren Herzens dem Rat unseres leider verst. Dr. Schumachers den Kampf abzubrechen, um Blut zu vergießen zu vermeiden, folgte.“
 Karl Molt in einem Schreiben an die Entschädigungskammer II beim Landgericht Stuttgart

ferung an Deutschland hätte seinen sicheren Tod bedeutet. Nach dem Krieg war Karl Molt lange Jahre Bezirksleiter der Eisenbahnergewerkschaft GdED. 1978 ist er in Stuttgart gestorben.



Aufbau des Verteilernetzes

ein in den Schwarzwald, Vertrauenspersonen, die Flugblätter verbreiteten. Die Arbeit wurde von den Illegalen selbst finanziert, erst seit Dezember 1937 erhielt Molt finanzielle Unterstützung von Seiten der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF. Bei Verhaftungen unter der „Funken-Gruppe“ gingen auch einige seiner Vertrauensleute hoch, bis zum Juni 1938 wurden an die 20 Mitglieder seines Kreises verhaftet. Der Eisenbahner Fri-



HEINRICH TALMON-GROSS, EIN GEWERKSCHAFTER DURCH UND DURCH

Heinrich Talmon-Gross, geboren am 2. August 1882, hatte früh das Zigarrenmacherhandwerk gelernt und organisierte sich bei Zeiten schon in der Tabakarbeiter-Gewerkschaft. Der entschiedene Kämpfer und mitreißende Redner wurde Gewerkschaftssekretär und hatte sein Büro in der Stuttgarter Hackstraße, wo bis zum Ende der zwanziger Jahre die Zigarettenfabrik Waldorf-Astoria ihren Sitz hatte.

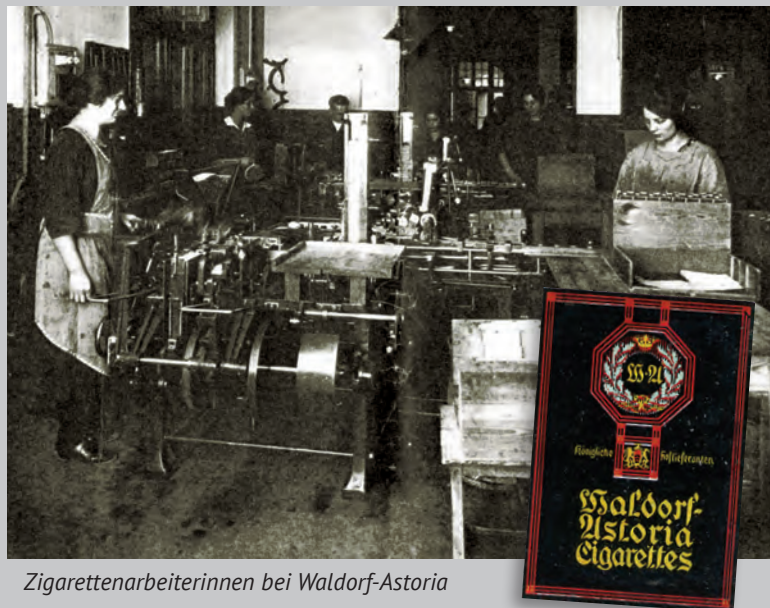


Das Gebäude der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik in der Hackstraße im Stuttgarter Osten

Von dort aus führte er die Geschäfte bis zum Tag seiner „Inschutzhaftnahme“ durch die SA am 28. April 1933, also schon vor dem 2. Mai. Die Nazis besetzten das Büro und verschleppten ihn in das KZ Heuberg, wo im Frühjahr diesen Jahres tausende politisch

Aktiver hingebracht wurden. Als einer der letzten Inhaftierten wurde er am 19. Dezember 1933 entlassen.

Zunächst arbeitslos verdiente er sein Geld als selbstständiger Wäscheverkäufer und Zigarrenmacher. Am 5. September 1936 wurde er in einer Miedelsbacher Gaststätte wegen der Aussage „das Dritte Reich wird sich schon noch zu Tode laufen“ denunziert, verhaftet und zu 4 Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt, die er in Rottenburg verbüßen musste. Anschließend erfolgte, wie es im Willkürstaat der Nazis üblich war, nicht die

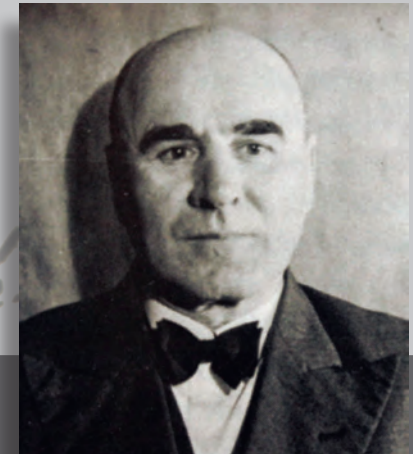


Zigarettenarbeiterinnen bei Waldorf-Astoria

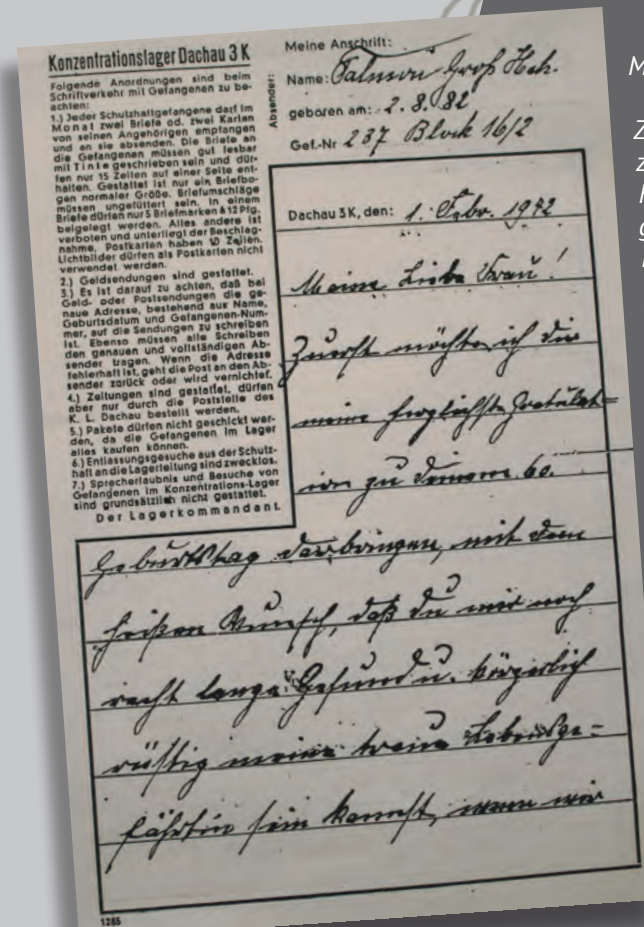
Freilassung, sondern die Unterbringung ins Gefängnis Welzheim und dann die Verschleppung ins KZ Dachau.

Heinrich Talmon-Gross stirbt am 20. Februar 1945 im Krankenhaus Dachau laut Sterbeurkunde an den Folgen einer Enterocolitis (septisches Fieber). Von den 12 Jahren Naziregime musste er 9 ¼ Jahre in politischer Haft ver-

bringen. Die barbarischen Haftbedingungen haben einen in seiner Bescheidenheit, Klarheit und Offenheit großen Stuttgarter Gewerkschaftsmann umgebracht.



Meine liebe Frau!



Zuerst möchte ich dir meine herzlichste Gratulation zu deinem 60. Geburtstag darbringen, mit dem heißen Wunsch, daß du mir noch recht lange gesund und körperlich rüstig meine treue Lebensgefährtin sein kannst. Wenn wir auch getrennt sind, es geht schon lange ins sechste Jahr, daß ich von dir gerissen bin so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß ich dich wiedersehen werde. Du brauchst dich meiner nicht zu schämen, noch kann man mir nicht unehrliches nachsagen und ich werde so lange ich lebe, diese Linie beibehalten.

Sind wir doch schon 36 Jahre miteinander verbunden und blicken wir zurück, so scheint diese Zeit nur einen Augenblick. Wenn du nun schon jahrelang durch meine Abwesenheit besonders zu leiden hättest, so darfst du nicht annehmen, daß ich nicht selbst darunter gelitten habe. Sage dir noch herzlichen Dank für das Geld RM 5,-, ich nehme an, daß es von dir war. Sei nun von mir herzlich begrüßt, ebenso Hermine, Else und dem kleinen Karle einen besonderen Gruß von seinem Großpapa.

EUGEN OCHS – SEIN LEBEN LANG EIN KRITISCHER GEIST



Gewerkschafter im Visier

Eugen Ochs wurde am 4. April 1905 in Stuttgart geboren wuchs in einer Arbeiterfamilie auf. 1920 begann Eugen bei Daimler in Untertürkheim eine vierjährige Lehre zum Maschinen-schlosser. 1921 trat er dem DMV (Deutscher Metallarbeiterverband) bei und engagierte sich als ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär. Er war dabei, als die Daimler-Arbeiter 1920 einen Streik gegen den (neuen) direkten Lohnsteuerabzug organisierten, der zu harten Auseinandersetzungen führte: Einsatz von Militär und Schließung des Werks.

Die Erfahrungen des 1. Weltkrieges prägten ihn nachhaltig und weckten sein politisches Interesse, so dass er sich 1920 der Kommunistischen Jugend anschloss, später war er Mitglied der KPD, dann der KPO.

Eugen Ochs gehörte zu den Menschen im Deutschen Reich, die von Anfang an Hitler als eine große Gefahr für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte erkannten und die Verantwortung für die Machtübernahme nicht nur in der Politik suchten. Nach 1933 schloss er sich der Widerstandsbewegung an und half maßgeblich an deren Aufbau in Stuttgart mit. Dazu war es vor allem wichtig die vorhandenen Informationen aus den Betrieben über die Politik der Nazis zu sammeln und auszuwerten. 1934 wurde er verhaftet und in einem Prozess zu vier Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Nach dem Zuchthaus folgte die Internierung in die KZ Welzheim, Dachau und Buchenwald.

Nachdem Eugen Ochs das KZ Buchenwald überlebt hatte, begann er sofort am Wiederaufbau der IG Metall in Stuttgart mitzuarbeiten. 1955 wurde er in Ludwigsburg 1. Bevollmächtigter der IG Metall.



Der Ausschließungsschein bescheinigte den Ausschluss vom Militär wegen Wehrunwürdigkeit

1970 ging er in Rente und schrieb seine Erinnerungen in seinem Buch „Ein Arbeiter im Widerstand“ nieder. Am 17. November 1990 starb Eugen Ochs in Ludwigsburg.

JEDER WIRD ZUM FEIND

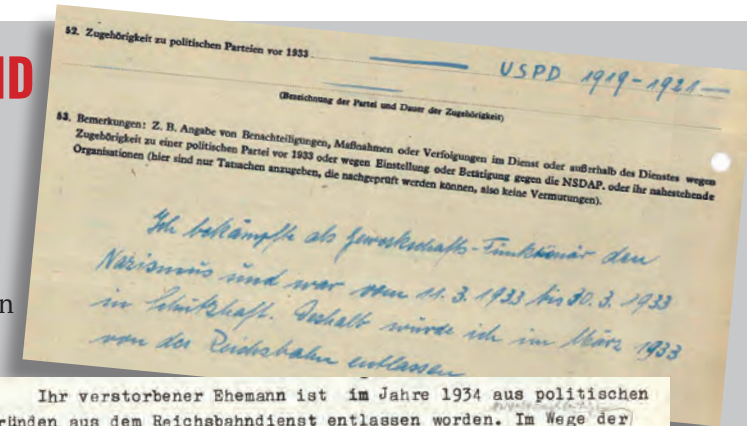
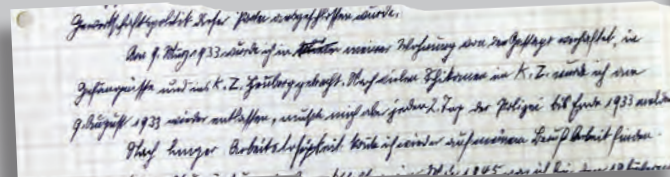
Der 2. Mai 1933 war die zentrale Aktion gegen die freien Gewerkschaften, aber nicht die einzige. Es gab schon in den Monaten davor mehrere Verhaftungswellen, oft auch illegal. Meist wurden die Opfer in das KZ Heuberg verschleppt. Zeitweise waren mehr als 2.000 politische Häftlinge dort interniert und wurden misshandelt.

Viele Opfer wurden wieder freigelassen, mussten sich aber meist neue Arbeit suchen, so sie denn welche bekamen.

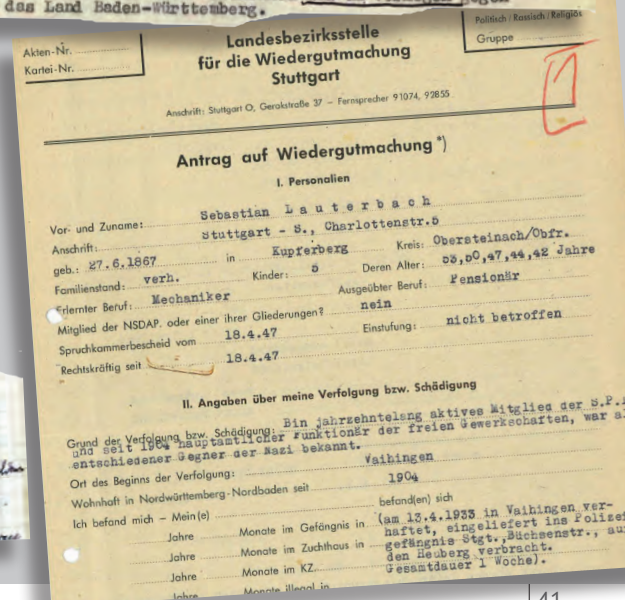
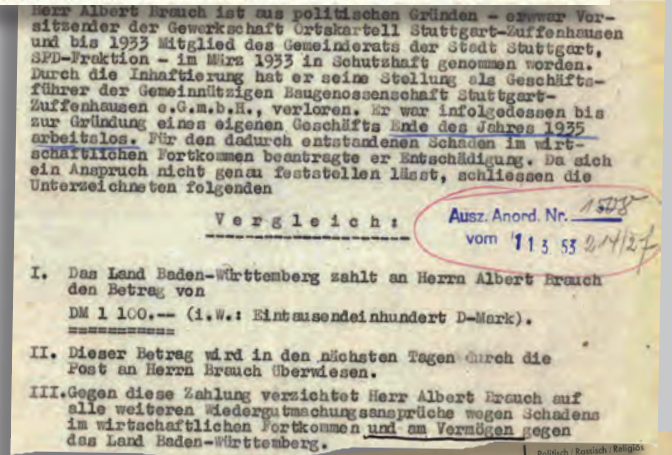
Auch nach dem Mai 1945 hatten es die Betroffenen nicht leicht. Oftmals folgten lange Auseinandersetzungen mit den Behörden, die Anträge ablehnten oder Nachweise verlangten, die nicht aufzubringen waren. Häufig begegneten sie auch denselben Schreibtischtätern wieder, die für ihre Internierung verantwortlich waren.

Aus dem Lebenslauf von Karl Mößner:

„Am 9. März 1933 wurde ich in meiner Wohnung von der Gestapo verhaftet, in Gefängnisse und ins K.Z. Heuberg gebracht. Nach vielen Schikanen im K.Z. wurde ich am 9. August 1933 wieder entlassen, mußte mich aber jeden 2. Tag bei der Polizei bis Ende 1933 melden. Nach kurzer Arbeitslosigkeit konnte ich wieder auf meinem Beruf Arbeit finden.“



Ihr verstorbener Ehemann ist im Jahre 1934 aus politischen Gründen aus dem Reichsbahndienst entlassen worden. Im Wege der Wiedergutmachung ist er vom 1. April 1946 wieder eingestellt und zugleich zum Lademeister ernannt worden. Mit Wirkung vom 1.6.1947 wurde er zum Bahnpolizeimeister ernannt. Er hat somit bis zu seinem Ableben eine Dienststellung erreicht, die sogar über diejenige hinausgeht, die er bei regelmäßigem Verlauf seiner Dienstlaufbahn voraussichtlich hätte erreichen können. Eine Schädigung liegt somit bei dem Verstorbenen heute nicht mehr vor. Im übrigen



Abkürzungen und Begriffe

ADGB	Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund Dachverband der Gewerkschaften 1919 – 1933
DAF	Deutsche Arbeitsfront Einheitsverband von Arbeitern und Unternehmern, gegründet am 10.5.1933
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband 1891–1933, Vorgänger der IG Metall
Eiserne Front ..	Gemeinsames Bündnis zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, bestehend aus Reichsbanner, ADGB, Afa-Bund (Allgemeiner freier Angestelltenbund), SPD und Arbeiter Turn- und Sportbund (ATSB). Gegründet am 16.12.1931
Gestapo	Geheime Staatspolizei Politische Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus, entstanden 1933
KI	Kommunistische Internationale, auch Komintern
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands gegründet am 30. 12.1918
KPO	Kommunistische Partei-Opposition (auch KPD-O) 1929 entstandene Abspaltung der KPD
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation Seit 15.1.1931 betriebliche Gruppierungen der NSDAP
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei gegründet am 24.2.1920
Pg	Parteigenosse der NSPDAP
Reichsbanner ..	(eigentlich Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) überparteiliches, sozialdemokratisch dominierte Selbstschutzorganisationen
RGÖ	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition KPD-nahe Gewerkschaft ab Ende 1929
Rot Sport	Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit KPD-nahestehender Arbeitersportverband (gegründet 1930)
SA	Sturmabteilung paramilitärische Kampforganisation der NSDAP
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (auch SAPD), linke Abspaltung der SPD im Herbst 1931
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands hervorgegangen aus dem 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein
SS	Schutzstaffel paramilitärische Organisation der NSDAP gegründet am 4. April 1925 als Saalschutz
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sozialistische Abspaltung von der SPD, gegründet im April 1917

Quellennachweis:

Umschlag:.....	Archiv DGB-Region Stuttgart
Seite 5:.....	Jörg Munder
Seite 6:.....	Württembergisches Landesmuseum
Seite 8:.....	Nachlass Illenberger
Seite 9:.....	Stadtarchiv Stuttgart
Seite 10/11:.....	Vgl. dazu ausführlich: Frank Deppe/ Witich Roßmann: Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929 – 1933, Köln 1981
Seite 12:.....	Landesmedienzentrum
Seite 13:.....	Texte: J. Goebbels, Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus. Berlin 1934, S. 13 Karl Molt: Gewerkschafter im Widerstand, S. 175ff
Seite 14:.....	Landesmedienzentrum, Text: Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes Bd. 5, S. 84
Seite 15:.....	Jörg Munder, Text Willi Bleicher: Der Gewerkschafter, Monatsschrift für Funktionäre der IG Metall, Nr. 7/1978
Seite 16:.....	Jörg Munder
Seite 17:.....	Landesmedienzentrum, Jörg Munder
Seite 18:.....	Jörg Munder
Seite 19:.....	Jörg Munder, Text: Willi Bleicher: Die Kinder des roten Großvaters, Frankfurt/M. 1976
Seite 19:.....	Landesmedienzentrum
Seite 20:.....	Landesmedienzentrum
Seite 21:.....	Landesmedienzentrum, Udo Achten
Seite 22/23:.....	IG Metall Esslingen, Jörg Munder
Seite 24:.....	IG Metall Göppingen-Geislingen
Seite 25:.....	Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg
Seite 26:.....	Elke Banabak, Landesmedienzentrum
Seite 27:.....	Stadtarchiv Stuttgart, Elke Banabak
Seite 28:.....	Text: Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes Bd. 5, S. 79, Aufrufe: H. Laschitzka/ S. Vietzke: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945
Seite 29:.....	Landesmedienzentrum
Seite 31:.....	Jörg Munder
Seite 32:.....	Text: Stuttgart im Dritten Reich – die Machtergreifung, S. 326
Seite 33:.....	Landesmedienzentrum, Text: Richard Drauz, Rede zur Handwerkerwoche 1933, Heilbronner Tagblatt vom 16. Oktober 1933, S. 4
Seite 34/35:.....	Stadtarchiv Stuttgart, Jörg Munder, Text: Willi Bleicher: Die Kinder des roten Großvaters, Frankfurt/M. 1976
Seite 36/37:.....	Stadtarchiv Stuttgart
Seite 38:.....	Stadtarchiv Stuttgart, Wikipedia
Seite 39:.....	NGG Verwaltungsstelle Stuttgart
Seite 40:.....	IG Metall Ludwigsburg, Stadtarchiv Stuttgart
Seite 41:.....	Staatsarchiv Ludwigsburg



Erstellung: DGB-Bezirk Baden-Württemberg
V. i. S. d. P.: Kai Burmeister
Willi-Bleicher-Str. 20
70174 Stuttgart

Redaktion: Jörg Munder, Dr. Peter Schadt, Elke Banabak,
Erhard Korn, Prof. Dr. Frank Deppe,
Philipp Vollrath
April 2023

Druck: Druckerei VisitYou Leinfelden-Echterdingen

Am 2. Mai 1933 zerschlugen die Nazis die freien Gewerkschaften und besetzten die Gewerkschaftshäuser. Eine Arbeiterkultur, die unabhängig war von nationalem Kitsch, wurde für lange Zeit zerstört.

Ein Lesebuch mit vielen Originaldokumenten und Bildern



Ein symbolträchtiges Bild: Tausende feiern den 1. Mai 1946 in Freiheit nach 12 Jahren Terror vor der Kulisse des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Neuen Schlosses in Stuttgart